

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabends. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 3. Juni 1913

Einzelgenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferale usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 62

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Zur Generalversammlung: Allerlei Fragen und allerlei Gefahren. — Mitteldeutscher Maschinenverlag.
Gewerkschaftsrevue: Von den Tagungen des Bauarbeiters- und des Bergarbeiterverbandes. — Der Sächsisch-Böhmische Verbandstag. — Über den Stand der Tarifbewegung im Malergewerbe.
Aus dem Genossenschaftsleben: Die Großeinhausgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg.
Feuilleton: Die Leipziger Ausstellungen, I.
Korrespondenzen: Bamberg. — Dresden. — Hagen. — Leipzig (M.-S.).
Rundschau: Gehilfen- und Lehrlingsprüfung. — Meisterprüfung. — Ein Prozeß wegen falscher Angabe der Zeitungsaufgabe. — Wahl eines Fachlehrers. — Stempelpliktigkeit der Schiedsprüche von Tarifschlichtungskommissionen. — Sonderbares Vergehen gegen das Koalitionsrecht. — Kampf gegen Schmiergelder. — Zur parlamentarischen Vertretung von Arbeiterinteressen. — Christliche Arbeiterinteressenvertretung in einer Krankenkasse. — Die Genossenschaften in England.

□□□ Zur Generalversammlung □□□

Allerlei Fragen und allerlei Gefahren.

Wenn man die Anträge zu unserm diesjährigen Verbandstages und die Artikel, die im „Korr.“ zu den einzelnen Anträgen Stellung nahmen, nochmals Revue passieren läßt, so kann man nicht behaupten, daß die Mehrheit der Antragsteller und Artikelschreiber von dem einen Gedanken befeßt gewesen wäre, der Gesamtorganisation zu dienen, deren Stützpunkt zu erhöhen und mehr gewerkschaftlichen Geist in die Mitgliederbereiche hineinzutragen.

Daß die Mehrheit der Generalversammlungsartikler nur die Erhöhung dieses oder jenes Unterstützungszweigs zum Mittelpunkt ihrer Betrachtungen machte, wirkt nichts weniger als erbaulich. Allerdings war ja die Danziger Generalversammlung von vornherein dazu bestimmt, eine Reform unseres gesamten Unterstützungswesens vorzunehmen. Daß aber Anträge, welche die Aufgaben unserer Organisation, von großen Gesichtspunkten aus betrachtet, berühren und von der Sorge um die Zukunft unseres Verbandes durchdrungen sind, angesichts des Wüstes der Anträge, die zu den Beschlüssen des Vorstandes gestellt worden sind, ersticht werden können, oder mindestens ihnen nicht die Beachtung zuteil wird, die ihnen zukommen möchte, man beinahe bestreiten. Man legt sich unwillkürlich die Frage vor, ob die betreffenden Kollegen auch daran gedacht haben, daß unsere Organisation weit höhere Aufgaben zu erfüllen hat, als jedem Mitgliede dazu zu verheßen, die gezahlten Beiträge auch wieder möglichst bald in materielle Werte umgemünzt zu sehen. Wären wir nicht von der geschichtlichen Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung und der Bedeutung, die ihr in heutigen Wirtschaftsleben zukommt, überzeugt, und würden wir ferner das Solidaritätsgefühl der modernen Arbeiterschaft im allgemeinen sowie der Buchdrucker im besondern nur als leeren Schein betrachten, wir wären versucht, uns resigniert absteils zu stellen und alle gewerkschaftlichen Ideale verkaufen zu lassen.

Man braucht nicht gerade Bestimmt zu sein, aber für denjenigen, der nicht mit Schenkklappen einherläuft und den Tatsachen hartnäckig ins Gesicht sieht, ist es eine Leichtigkeit, zu erkennen, daß wir durchaus nicht in einer Zeit wirtschaftlicher, beruflicher und tariflicher Beschaulichkeit leben.

Es nehmen sich deshalb die Anträge, die von Leipzig und Berlin zum zweiten Punkte der Tagesordnung gestellt sind, unter der Anzahl der übrigen Anträge wie eine Dase in der Wüste aus. Und doch müssen jene Anträge zum Kardinalpunkte der ganzen Verhandlungen gemacht werden. Es gibt keinen Antrag, der die vorerwähnten an Bedeutung übertreffen könnte. Ist hier doch die beste Gelegenheit geboten, über die Anwartschaften, die sich im allgemeinen und auf technischem Gebiet im besondern in letzter Zeit vollzogen haben, eine gründliche Aussprache herbeizuführen und die Richtlinien festzulegen, die in Zukunft als Folge dieser neuzeitlichen Erscheinungen maßgebend sein sollen. Es gilt Waffen zu schmelzen und deren Anwendung zu erlernen.

Auch das Vorgehen gewisser Prinzipals- und anderer Kreise gegenüber der Gehilfenschaft, soweit sie im Verband organisiert ist, fordert zur Stellungnahme heraus. Auch müssen die so fadencheinigen und beweislosen Behauptungen von wegen Minderwertigkeit des Gehilfenmaterials und Zurückhaltung der Leistungen auf ihren wahren Wert zurückgeführt werden.

Hier könnte vielleicht der Einwand geltend gemacht werden, daß schon Kollege Döblin auf der letzten Tarifauschubstung den Standpunkt der Gehilfenschaft präzis zum Ausdruck gebracht hat. Wir müssen gestehen, daß die frischen, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassenden Darlegungen unseres ersten Vorsitzenden im Lande freudigen Widerhall gefunden haben, aber eine erschöpfende Aussprache auf der Danziger Generalversammlung und eventuelle Stellungnahme zu diesem Gange der Entwicklung ist dadurch keineswegs überflüssig geworden.

Wie bereits einleitend bemerkt, sind zur Danziger Generalversammlung nur wenig Anträge gestellt, die nicht das eine Ziel hatten, diesen oder jenen Unterstützungszweig, wenn möglich noch ohne Beitragserhöhung, aufzuheben. Zu jenen Anträgen ist auch der von München und Leipzig gestellte zu rechnen, der folgenden Wortlaut hat: „Der Beschluß der Kölner Generalversammlung, Verbote der Handseherpartei betreffend, ist aufzuheben.“ Nun wird von verschiedenen Seiten der Versuch gemacht, diesen Antrag quasi als eine fixe Idee irgend eines Schwarzsehers, wenn nicht als lächerlich hinzustellen. Auch nicht Spartenfererei ist es, wie wieder andre Kreise dieses Bestrebens der Handseherkollegen bezeichnen möchten. Es ist einfach eine Bedürfnisfrage einer Gruppe von Berufskollegen geworden, die beispielsweise in einer Großdruckstadt wie Leipzig mit ihren Berufsangehörigen nicht die nötige Fühlung mehr hat, sich einen Weg zu bahnen, den sie zur Wahrnehmung ihrer Interessen und Besprechung ihrer Angelegenheiten beschreiten kann, ohne irgendwo die Gesamtorganisation aus ihren Fugen bringen zu wollen. (Die speziellen Leipziger Verhältnisse in allen Ehren, sie berechtigen jedoch keineswegs zu dem recht unlogischen Schluss, aus dem Gros der Gesamtheit, das die Handseher doch immer noch bilden, eine Spezialgruppe machen zu wollen. Dann steht Leipzig mit seinem noch überwiegenden Berechnungswesen, das wir durchaus nicht weiter verringert sehen möchten, doch auch wieder allein da, was wiederum den für die Allgemeinheit gedachten Schritt zu einer Handseherpartei ausschließen muß.)

Der Mangel einer engeren Fühlungnahme und die Nachteile, die er im Gefolge hat, treten bei jeder Gelegenheit in die Erscheinung. So beispielsweise bei Vorstandswahlen der Orte und Gauen oder bei der Nominierung von Kandidaten zur Delegiertenwahl der Verbandsgeneralversammlung. Selten sind die Handseherkollegen davor geschützt, durch ungeeignete Kollegen oder überhaupt nicht vertreten zu sein. Während die Sparten infolge ihres engeren Zusammenschlusses und ihrer größeren Rechte in ihren Versammlungen fast immer diejenigen Kollegen als Kandidaten präsentieren (die regelmäßig auch gewählt werden [Was nicht stimmt, denn im Jahre 1911 wie auch zur Danziger Generalversammlung wurde ein Zentralkommissionsvorsitzender in Berlin nicht gewählt. Red.]), von denen sie Beweise in den Händen haben, daß sie ihre Interessen jederzeit mit Sachkenntnis und Geschick vertreten können und auch das gewerkschaftliche Abseitigmachen begriffen haben, müssen die Handseher es nicht selten erleben, daß in den großen Mitgliederversammlungen sich irgend jemand berufen fühlt, seinen guten Freund vorzuschlagen, der in der Regel auch von der Versammlung akzeptiert wird, wenn nicht zufällig bekannt ist, daß er sich schon einmal als Gewerkschaftler einer großen Pflichtvergeßlichkeit schuldig gemacht hat. Die Unmöglichkeit, sich die Person eines Kandidaten genauer anzusehen, hat schon sonderbare Blüten gezeitigt.

Es ist vorgekommen, daß Kollegen in Vorschlag gebracht wurden, die erst noch den Beweis erbringen müssen, daß sie jemals eine tarifliche Position vertreten oder sonst ihre Interessen als Verbandsmitglieder wahrgenommen haben. Wer über Redneralt und die nötige Robustheit oder über eine noch weniger schöne Eigenschaft verfügt, wird manchmal für berufen erklärt, auf die Generalversammlung gehen zu können. Wie er seinen Mann als Kollege innerhalb der Druckerei gestellt hat, danach wird meistens gar nicht gefragt; dieses Verhalten steht meist im umgekehrten Verhältnisse zu der Wortablenkung in den Versammlungen. Es leuchtet doch ein, daß derartige Kollegen den großen Fragen nicht das Verständnis und die Urteilsfähigkeit entgegenbringen können, als Kollegen, die den Ernst der Zeit erfährt haben, und die versuchen, sich Klarheit zu verschaffen über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge und über die Stellung, die der Arbeiter im Produktionsprozeß einnimmt.

Doch das nur nebenbei. Der Zustand, der sich speziell für die Handseherkollegen in den Großdruckstädten herausgebildet hat, ist für die Dauer von weiteren Kreisen als

unhaltbar empfunden worden. Es ist nach alledem nicht angebracht, die Stimmung zu unterfüttern, die dahin geht, über den von München und Leipzig gestellten Antrag einfach zur Tagesordnung überzugehen. Während die Sparten immer mehr an Machtbefugnis zunehmen und gleichsam einen Staat im Staate bilden, ist es den Handsehern heute unmöglich, ihre Interessen so zu vertreten, wie es erforderlich ist. Erinnere sei an die Spartenkongresse, Maschinenmeistertage und wie sonst die einzelnen Sparten ihre Zusammenkünfte nennen. (Es ist dem Verfasser ohne weiteres zuzugeben, daß diese Kongresselei auch bedenklüche Seiten hat und durch ihre Zunahme zu ernsthaften Befürchtungen nötigt, wohin diese Spezialtagungen noch einmal führen können. Wenn die Handseher in den Versammlungen etwas ruhiger sein und auch solche Fragen einmal zur Sprache bringen würden, dann wäre das ebenso in ihrem wie im Verbandsinteresse gelegen. Die Generalversammlung wird an dieser Zeiterscheinung nicht achtlos vorbeigehen können. Red.) Erst der letzten stattgehabten bayrische Maschinenmeistertage hat bewiesen, daß dort Fragen von ziemlich weittragender Bedeutung zur Erörterung kamen.

Noch ein andres Moment, das auch geeignet ist, die ohnehin immer größere Existenzunsicherheit des Handsehers noch zu erhöhen, tritt in neuester Zeit in die Erscheinung. Nicht nur daß der Handseher der Hauptleidtragende bei Neuaufstellung von Sebnalmaschinen ist, muß er nun auch noch wahrnehmen, wie Arbeiten, die bisher zur Tätigkeit des Handsehers gehörten, von ungelerten Arbeitern verrichtet werden. Im Interesse einer intensiveren Ausnutzung der Arbeitskraft des Sehers gingen einige Druckereien dazu über, Arbeiten, wie Maschinenrevision erledigen, Korrigieren, Ablegen, Ausschichten von Zeitungskolumnen usw., von Hilfsarbeitern verrichten zu lassen. (NB. Das war lediglich Leipziger Betriebsamtheit. Red.) Vernünftigerweise fällt das Tarifamt ein Urteil dahingehend, daß vorerwähnte Arbeiten unzweifelhaft nur von gelernten Sehern zu verrichten seien, im andern Falle müßten die damit Beschäftigten zum Buchdruckeramt entlassen werden. Überall, wo man hinsieht, ist also das Einerseitsgebiet der Handseher gefährdet. Wir stimmen der „Korr.“-Redaktion bei, daß noch geraume Zeit vergehen wird, ehe der Handseher als Karikatür im Grafik-Museum ausgestellt wird. Aber eine so große Mehrheit im Verbandsrat mit minderem Recht auszusprechen, ist für immer auch nicht angängig.

Wir sind uns klar, daß der Teil der Kollegenschaft, der nicht unmittelbar die Entwicklung zur gegenwärtigen Berufslage des Handsehers verfolgt hat, die hier niedergelegten Tatsachen als Schwarzgehelei bezeichnen wird. Es sei uns gestattet, an dieser Stelle auf den Lehmannschen Artikel in Nr. 1 der „Typographischen Mitteilungen“ nochmals zu verweisen und speziell auf den Teil seiner Darlegungen, worin er in objektiver und sachverständiger Weise die ganze prekäre Lage, in die der Handseher durch die neuzeitliche Entwicklung hinabgestoßen worden ist, schildert.

Wir haben versucht, die Handseherfrage, mit der sich die Danziger Generalversammlung zu beschäftigen haben wird, von allen Seiten zu beleuchten. Wie dem nun auch sei: Man wird zur Erörterung und Klärung der Frage mit beitragen müssen. Der Weg, der einzuschlagen wäre, um den Handsehern dieselben Rechte einzuräumen wie den übrigen Berufsangehörigen, wäre der, den Handsehern die Gründung einer Sparte zu gestatten. Wenn wir das auch nicht als Ideal bezeichnen möchten und nicht wünschen, daß die ganze Handseherangelegenheit nun in Bausch und Bogen unter den Tisch fällt, so steht für uns doch im vordringenden, daß die Generalversammlung eine Handseherpartei nicht anerkennen wird. Prüft aber die Generalversammlung die Frage vorurteilsfrei, so wird sie auch einen Weg ausfindig machen, der für die Handseher gangbar ist, um innerhalb des Rahmens der Organisation mehr Bewegungsfreiheit zu erlangen.

Als Kristallisationspunkt wären uns die Vorschläge des Kollegen Hahn am sympathischsten, auf die an dieser Stelle gleichfalls nochmals hingewiesen sei. Der Widerstand, den die Sparten diesem Plan entgegenstellen werden, dürfte allerdings kein kleiner sein, denn sie werden sich jedenfalls mit Nägeln und Zähnen dagegen wehren, ihre Zentralkommissionen liquidieren zu lassen, um sich, wie überhaupt die Tätigkeit der Sparten ursprünglich gar nicht anders gedacht war, nur mit technischen Fragen zu befassen.

Die Hahn'schen Vorschläge stehen sich aber noch erweitern, um eine Aufhebung der Zentralkommissionen möglich machen zu können. Der schon einmal aufgetauchte Plan, einen Sekretär im Verbandsvorstand anzustellen, könnte hier

wieder aufgefahrt werden, der das ganze kapitalistische Material zu verarbeiten und so die Hauptarbeit der Zentralkommissionen zu übernehmen hätte. Auf dieser oder einer ähnlichen Grundlage ließe sich die ganze Spartenfrage im allgemeinen regeln.

Entweder die Machtbefugnis der Sparten wird beschnitten, oder man stipuliert von neuem zweierlei Recht. In diesem Fall aber würde die Zeit kommen, wo das Empfinden unter den Handhabern allgemein wäre (das bisher nur auf einige Großstädte beschränkt blieb), daß ihre Interessen bei der heutigen Konstellation der Berufsgruppen innerlich unsres Verbandes ins Hintertreffen geraten und wo die Gründung einer Handhaberspartei dann nicht mehr aufzuhalten sein würde.

Leipzig. R. G.

Mitteldeutscher Maschinenfertiger

□ □ am 25. Mai 1913 in Brandenburg a. S. □ □

Um „M.M.F.“, unter welchem Signum der Brandenburgische Maschinenfabrikerverein diesmal seine Mitglieder zur alljährlichen Wanderversammlung einlud, waren die Berliner und Potsdamer Teilnehmer in hellen Scharen per Ertragzug in Brandenburg a. S. erschienen. Bereits am Vorabend hatten sich die Delegationen zu einer Vorbesprechung versammelt, um mit dem Bezirksvorstande des aufgebenden Vereins das Programm des folgenden Tags festzulegen, einige Grenzstreitigkeiten, die Stellungnahme des Brandenburgischen Maschinenfabrikervereins zum Karlsruher Zirkular sowie die im Hauptsitz Artikel entwickelten Ansichten usw. zu besprechen.

Nach dem Einzuge der Gäste im „Volkshaus“, dem Einholen der letzten Delegationen aus Magdeburg, Köthen, Burg, Genthin, Dessau, Halle u. a. m. wurde sofort in die von ungefähr 500 Kollegen besuchte Versammlung eingetreten. In das Bureau wurden neben dem Referenten, Kollegen Braun (Berlin), die Kollegen Bär (Brandenburg), Reinthal (Berlin), Pieczyk (Hamburg) und Loebe (Berlin) gewählt. Mit einem schwungvollen Begrüßungsliede leitete die „Graphia“ die Tagung ein, worauf Bezirksvorsitzender Bär (Brandenburg) einige herzliche Willkommensworte an die Versammlung richtete. Kollege Reinthal eröffnete nunmehr die Versammlung und hieß die Anwesenden, besonders die auswärtigen Delegationen, namens des Brandenburgischen Maschinenfabrikervereins herzlich willkommen. Durch Delegationen vertreten waren: Gau Berlin (Kollegen Albrecht, Ebel, Schaeffer), Gau Leipzig (Kollege Hesselbarth), Gau An der Saale (Gauvorsitzer König), Dergau durch die Bezirke Brandenburg (Kollegen Bär und Jordan) und Potsdam (Kollegen Meisenberg und Sittig). Von Maschinenfabrikervereinsdelegationen delegierten ihre Vorstände: Dresden (Kollege Mandrey), Hamburg (Kollege Pieczyk), Hannover (Kollege Viehweger), Leipzig (Kollege Weichmann) und An der Saale (Kollege Winter). Der Verbandsvorstand und die „Korr.“-Redaktion blieben unsern Maschinenfabrikerfesten wegen der bevorstehenden Generalversammlung fern. Schriftlich bzw. telegraphisch wünschten der Versammlung guten Verlauf: Dergau (Kollege Hannack), Gau Osterrand-Thüringen (Kollege Prox), der Ortsverein

Rathenow, die Gauvereinigungen Rheinland-Westfalen sowie der zurzeit kranke Kollege Klingbeil.

Kollege Braun erhielt nunmehr das Wort zu seinem Vortrage: „Erdrümpfen und Gegenfrümpfen“. Eines der interessantesten Kapitel in der Geschichte der gewerblichen und wirtschaftlichen Kämpfe sei wohl der Weststreit zwischen den Unternehmern und den Arbeitern, sich die Ertragschancen der Technik nutzbar zu machen. Während die Arbeiterklasse, namentlich in der englischen Textil- und Eisenindustrie, sich um die Mitte des vorigen Jahrhunderts der Einführung der Maschine heftig widersetzte, hätte man im deutschen Buchdruckgewerbe ein Singenwachsen der Maschine in den Beruf und ein Hand-in-Hand-Arbeiten der beiden Interessentklassen beobachten können. Das sei dem Gewerbe äußerst nutzbringend gewesen. Noch heute verdiene es höchste Anerkennung, daß es der Gehilfenleistung gelungen sei, die Einführung der Setz- und der modernen Druckmaschinen ziemlich schmerzlos für die Gehilfenschaft zu gestalten und sie durch Festsetzung tariflicher Normen für den gelerntem Arbeiter zu reservieren, während in den andern Gewerben die Maschine weit überwiegend von ungelerten Arbeitern bedient werde.

Bis zum Jahre 1906 hätten unsere Unternehmer den technischen Umwälzungen und ihrem Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ziemlich passiv gegenübergestanden. Das habe sich dann im Laufe der Jahre und namentlich während der letzten bedeutend geändert. Jetzt ständen die Prinzipale auf dem Standpunkte, da sie das Risiko der Kapitalisierung der Maschinen trügen, müßten ihnen die materiellen Ergebnisse der Ertragschancen der Technik mehr zugute kommen.

Die Gehilfenschaft hege darüber eine andre Meinung, da sie allein unter der Einführung der Maschine zu leiden habe. Von da an sei ein stiller, aber zäher Kampf um die Maschine zwischen den beiden Interessenten entbrannt. Während die Unternehmer der Schwereisenindustrie und des Baugewerbes brutal vorgehen, sei das unsern Setzmaschinenbetreiber gebildeter und unauffälliger, dabei aber zielbewußter und für uns nicht weniger schmerzvoll. Die Revolutionierung der Technik habe denn auch einen tiefgehenden Einfluß auf die Tarifentwicklung in unserm Gewerbe ausgeübt.

Den ersten Vorstoß von größerer Bedeutung seitens der Prinzipale bildete die Setzmaschinenquete im September 1911, das sogenannte Leipziger Weßfesten. Die Mergenthaler Setzmaschinenfabrik habe über das Zustandekommen dieser Quete eine fünf Bogen umfassende Schrift mit dem Briefwechsel der Prinzipalsorganisation und den Setzmaschinenfabriken herausgegeben, woraus Referent die wichtigsten Daten vorzue. Die Absicht der Prinzipale sei gewesen, „eine umfassende und gründliche Untersuchung über die Leistungen von den drei wichtigsten Setzmaschinenfabriken anzustellen“ und „sich den Verhältnissen in der Praxis möglichst zu nähern, soweit das bei einer derartigen Verantwortlichkeit möglich ist“. Der Ausgang des Weßfestens, sei bekanntlich ein sehr günstiger auf die Gehilfenschaft des neuen Setzmaschinenbetriebs. Die Gehilfenvertreter und Erwerber hätten da eine schwierige Aufgabe gehabt, angesichts der in Leipzig erzielten Resultate weitergehende Verschlechterungen des Maschinenbetriebs zu vermeiden. Diese Suppe hätten sich die Maschinenbetreiber selbst eingebracht, die Reklame der Fabriken sei als übertrieben bekannt gewesen. Es lagen Beweise vor, daß wenn auch bei höherer Bezahlung, doch in einer großen Anzahl von Fällen bedeutend höhere Lei-

stungen aufzuweisen waren, andererseits wurden die angebotenen hohen Leistungen nicht erreicht. Das sei verwertlicher Einseitigkeit. Jeder müßte das Seine tun, solche fräugrigen Auswüchse zu beseitigen. Die Tarifrevision habe uns dann die bekannten Verschlechterungen gebracht. Wie einer unserer ersten Führer sagte, wären die Gehilfen bei völliger Ablehnung der Prinzipalsanträge in eine Bewegung gedrängt, deren Ausgang für die Gesamtkollegenchaft nicht abzusehen gewesen sei. Der härteste Schlag sei die Preisgabe des Abschlußtags gewesen, mehr des moralischen als des wirtschaftlichen Effektes wegen. 3000 Maschinenbetreiber wurde die Arbeitszeit verlängert, 700 in Werbetrieben wurde sie verkürzt. Das war eine große Belastungsprobe, mit der man sich im Interesse der Allgemeinheit nur schwer abgefunden habe.

Der Appetit komme aber beim Essen. Er sei bei den Setzmaschinenbetreibern sehr groß geworden, man wolle anscheinend 1916 noch weitergehen. Die stark besonte unerträgliche Belastung unserer Prinzipale durch den Rohstoffmarkt aber gar nicht so groß sein, habe doch die „Zeitschrift“ in ihrem Neujahrsartikel der Ertragsfähigkeit unser Gewerbes eine recht gute Note ausgestellt. Wenn in den sozialdemokratischen Druckereien nur 68 Maschinenbetreiber acht Stunden, 201 aber weniger, bis zu 6 1/2 Stunden herab, arbeiten, und wenn in diesen Betrieben die 269 Maschinenbetreiber im Durchschnitt mit 5 und 6 Mk., teilweise mit 10, 12 und 15 Mk. über Minimum entlohnt werden, dann könnte doch unmöglich für die aufzubereiten Großdruckereien der Tarif zum Ruine werden. Die vielen Klagefäden, die in der „Zeitschrift“ wie im „Arbeitsgeber“ angeknüpft worden seien, deuteten aber darauf hin.

Mit den neuen Schlagworten „Rückgang der Leistungen“, „Zurückhaltung der Leistungen“, „Machinenbetriebsmangel“, „Gewerkschaftlicher Terrorismus“, „Die schwarzen Listen des Verbandes“ u. a. m., wie mit den Verhören, Zwiekrach zwischen Hand- und Maschinenbetreibern zu sein, sollte die von dem in Breslau geschaffenen Tarifverhandlungsausschuß und den in Verfolg davon errichteten Setzmaschinenkommissionen in Angriff genommene ganze Arbeit mehr gefördert werden. Diese Anschuldigungen in der unter einer neuen Leistung stehenden „Zeitschrift“ hätten förmlich suggerierend auf viele Prinzipale gewirkt. Der „Korr.“ habe aber in geradezu brillanter Weise diese Angriffe zurückgewiesen.

Die Klagen über die Unrentabilität des Buchdruckgewerbes seien ebenfalls aufzufassend, wie die Behauptungen über einen Mangel an Maschinenbetreibern als wahr gelten könnten. Wenn es in den Berliner Druckereien bei jeder Gelegenheit heißt: „Wem es nicht paßt, wir halten niemand, solche Berge von Opfern haben wir liegen“, so sei das die gründlichste Widerlegung des behaupteten Maschinenbetriebsmangels. Ein weiterer Gegenbeweis werde in dem Interimsergebnis unserer Frachtkäfer erbracht. Im ersten Quartale 1913 wurden 198 Maschinenbetreiber gesucht, während 871 unsern Kollegen Anposition suchten. Betreffs der Arbeitslosigkeit unter den Berliner Maschinenbetreibern habe der „Korr.“ ungerechtfertigte Vorhaltungen dem Brandenburgischen Weßfestenbetriebsverein gemacht, warum er keine erschöpfende Statistik darüber führe. Das sei eben wegen der ungeheuren Fluktuation und der Zahl von 900 Maschinenbetreibern dem Vorstand unser Vereins gar nicht möglich. Jetzt hätte aber der Berliner Gauvorsitzender festgestellt, daß ohne die Schüler in den Fabriken, die Kranken und die Durchreisenden im Jahre 1912 nicht weniger als 260 Maschinenbetreiber arbeitslos

□ Die Leipziger Ausstellungen □

I.

Man spricht von allgemeiner Ausstellungsmüdigkeit. Aufschrecken bei dem Worte Weltausstellung — gelindes Aufsehen, wenn von einer Gewerbeausstellung die Rede ist. Diese sich allgemach herausgebildete Abneigung ist nicht geschäftlichen Ursprungs, obwohl nicht bestritten werden kann, daß die Aussteller die unzufriedensten Beurteiler unter dem jetzt bis zur Ablehnung kritisch gefilmten großen Publikum ausmachen. Für die privaten Aussteller ist zweifellos das Geschäft der springende Punkt bei der Ausstellung wie an dem nachherigen Urteil über eine Ausstellung. Sie handeln und sie urteilen also pro domo, müssen daher auch als befangen abgelehnt werden.

Was aber in Wirklichkeit gegen die Welt- und die Gewerbeausstellungen einnimmt, ist ihr allgemeiner Charakter. Dieses Durcheinander und Kunterbunt muß zur bloßen Schaustellung führen. Mit der Bezeichnung Jahrmärktenrummel drückt man im Deutschen seine nicht sonderlich große Hochachtung vor solchen Veranstellungen aus.

Die Weltausstellung in Brüssel 1910 dürfte als der Abschluß eines überlebten Ausstellungssystems anzusehen sein. Die diesjährige in Gent erbringt ja nachdrücklich den Beweis, daß die Periode der Weltausstellungen ihr Ende erreicht hat. In so kurzer Zeit eine zweite derartige Veranstaltung in einem so kleinen Lande wie Belgien und einer so wenig zugkräftigen Stadt wie dem flämischen Hauptstadtort läßt dieses Fazit noch erklärlicher werden.

Die Internationale Hygieneausstellung in Dresden 1911 ließ den neuen Weg erkennen: Der „Jahrmärktenrummel“ ist abgetan, die Spezialausstellung großen Stils bildet keine Abklärung! Ihr ersetzen freilich größere Schwierigkeiten durch die Beschränkung auf ein bestimmtes Gebiet. Wenn aber eine Sache innere Berechtigung hat, sie richtig angefaßt und großzügig gestaltet wird, dann ist das Beschränken dieses neuen Wegs ein vieles leichter. Hinzu kommt, daß bei solchen Spezialausstellungen die geschäftlichen Tendenzen durch die Beteiligung von staatlichen, kommunalen und sozialen Behörden oder Institutionen merklich in den Hintergrund gedrängt werden.

Was in Belgien ein Fehler ist: die Säufung von zwei Weltausstellungen in einem kurzen Zeitraum, scheint für das gewerbe- und industriereiche kleine Sachsen nicht zuzutreffen. Wie Dresden an sich eine große Anziehungskraft ausübt — ein sehr gewichtiger Faktor für einen Ausstellungsort —, so ist Leipzig, Sachsens noch größere Stadt, ein nicht minder kräftiger Magnet. Die Büchermetropole macht fast Jähren einen Umwälzungsprozess durch, der ganz erstaunlich ist, und Leipzig, das von der Natur nicht so reich bedacht ist wie Dresden und München (allwo Ausstellungen einander jagen), das trotzdem aber aparte landschaftliche Reize genug besitzt, die dem eiferfertigen Fremden allerdings unbekannt bleiben müssen, in die allererste Reihe der Groß- und Verkehrsstädte gerückt hat.

Wäre dem nicht so, müßte es von vornherein ein Anding genannt werden, in zwei aufeinanderfolgenden Jahren zwei große internationale Ausstellungen in Leipzig zu veranstalten. Das in Dresden erst vor zwei Jahren unternommene Wagnis von Spezialausstellungen internationalen Charakters hat infolge seines glänzenden Erfolges für Leipzig offenbar schon kein Risiko mehr bedeutet. Und wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird die vom 3. Mai bis Ende Oktober d. J. in Leipzig stattfindende Internationale Baufachausstellung die in sie geleisteten Erwartungen voll und rechtfertigen. Von der im nächsten Jahr auf dem gleichen Terrain und in demselben Umfange nachfolgenden Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik kann man ebenfalls in den besten Hoffnungen reden. Unser Leser werden ja sorgfältig informiert, in welcher großzügigen Weise diese uns so nahe berührende Veranstaltung gedacht ist, und wie die Vorarbeiten erfreulich donnfassen gehen.

Wenn bei dieser Gelegenheit von uns an die ständige Ausstellung im Deutschen Buchgewerbehaus (Dolfsstraße, am Eisenburger Bahnhof) erinnert wird, so erfüllen wir damit einen Akt freiwilliger Mithat. Es muß gesagt werden, daß der Besuch dieser permanenten buchgewerblichen Ausstellung mit dem so mannigfaltig Gebotenen, ihren ausweichenden kleinen Sonderausstellungen wie den ausgestellt und zum Teil in Betrieb vorgeführten Maschinen immer noch nicht dem entspricht, wie er sein müßte. Da neuerdings die Mergenthaler Setzmaschinenfabrik an den von ihr aufgestellten Maschinen demonstrierende Erläuterungen durch einen zu diesem Zweck engagierten fach-

tigen Sachmann den Besuchern eben läßt, die Sammlungen des Buchgewerbeausstellers etwa 20000 Bände und 100000 Blätter umfassen, außerdem ein Vespala zur Verfügung steht, so könnte der Besuch von Leipzig wie auch von außerhalb (seitens der Durch- wie der Ferienreisenden) ein größerer sein. Der Eintritt ist frei, und geöffnet sind die Räume im Sommer von 9 bis 6 Uhr an den Wochentagen, von 11 bis 2 Uhr Sonntags.

Für die Leipziger Ausstellungen von 1913 und 1914 ergeben sich nun außerordentlich günstige Voraussetzungen. Die Baufachausstellung wie die Buchgewerbeausstellung sind nämlich die ersten ihrer Art, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern überhaupt. Leipzig als Zentralpunkt des in der ganzen Welt vorantretenden deutschen graphischen Gewerbes ist wie keine andre Stadt prädestiniert, eine Kulturweltausstellung zu bieten. Und das weitverzweigte Baufach findet zu keiner internationalen Ausstellung in dem gewaltigen und glanzvollen Hauptbahnhofe, der jetzt erst mit zehn Bahnsteigen in Betrieb ist, und dem Riesenmonumente des Bülker-Schlachtdenkmal, das im Oktober d. J. eingeweiht wird, zwei Folien, die ihresgleichen suchen. Beide Ausstellungen sind auch reise Erfordernisse der Zeit. Das Buchgewerbe ist ein Kulturfaktor ersten Ranges geworden, und im Baumalen hat sich nicht nur alles von Grund aus geändert, sondern es ist auch ein sozial-hygienischer Zug hineingekommen, der ein Ausdruck unserer Zeit ist, zu dem zweifellos die Arbeiterbewegung, und die Gewerkschaften wieder in erster Linie, nicht das wenigste beigetragen haben.

Von der eingangs erwähnten Ausstellungsmüdigkeit ist bei den Leipziger Ausstellungen also nichts wahrzunehmen. Die Gewerkschaften sind die markantesten Kronzeugen, daß eine neue Richtung die alte verdrängt hat. Die faterreiche Gegenwart wie die hoffnungsvolle Zukunft weisen auf die Spezialisierung hin. Wir wandeln quasi in den Spuren der Sparten — frohgedallend und froh Adios Sach!

Doch um nicht in dieses gefährliche Fahrwasser zu geraten, sei noch kurz mitgeteilt, daß am 23., 24. und 25. Mai die Gewerkschaftsleitenden Deutschlands, die besonders in Betracht kommenden Vorstände im speziellen sich mit den Leipziger Ausstellungen an Ort und Stelle eingehend beschäftigen haben. Aber das Wie und Warum wird ein zweiter Artikel informieren.

waren, und zwar insgesamt 12739 Tage! Es sei auch nicht wahr, daß die Maschinenfabrik nicht nach auswärts gehen wollten. Er habe sich überzeugen lassen müssen, daß sogar viel von den Kollegen infiziert werde. Meistens liefen aber keine Offerten ein, höchstens hier und da mal einige. Und das selbst in der besten Zeit, vom Oktober bis März. Sogar ein im Februar in der „Zeitschrift“ annoncierender Kollege, der nach den Disproportionalen Konditionen nehmen wollte, habe keine Offerte erhalten. Im März habe ein sehr tüchtiger Maschinenfabrikant mit dreizehnjähriger Praxis, der perfekt englisch, französisch und italienisch spricht und immer lange Konditionen hatte, im „Klimsch“ infiziert und nur eine Offerte von einer kleinen Firma erhalten. Es könne wohl passiert sein, daß eine Anzahl Firmen bei Bedarf nicht sofort die Vakanz ausfüllen konnten. Entweder habe es sich da um entfernte Orte gehandelt und sei jeder Zutrieb zu den Reisekosten verweigert worden, oder es habe sich um Verhältnisse in familiärer und materieller Beziehung sowie um Ansprüche gehandelt, die nichts weniger als verlockend gewesen seien. Wäre doch eine ganze Anzahl tüchtiger älterer Talente von der Monotypie zur Linotypie übergegangen, weil bei minimaler Bezahlung recht hohe Anforderungen gestellt werden. Der vermeintliche Mangel an Maschinenfabrikanten werde aber als Mittel benutzt, um die Notwendigkeit eines vermehrten Anlernens zu beweisen und so eine Reservearmee zu errichten. Das gehe auch aus dem Protokoll einer Sitzung der Berliner Linotypenfabrik hervor, in der ein Anlernenzwang mit Prämierung skizziert wurde.

Wenn man der Gehilfenschaft Terrorismus vorwerfe, so könne der auf die Geschäftsleistungen von der Prinzipalsleitung in dieser oder jener Beziehung ausgeübte Druck weit eher als das bezeichnet werden. Anfang 1912 sei von den Vertrauensleuten in Berlin unterhandelt worden, um die besseren Verhältnisse möglichst zu behalten. Die meisten Faktoren waren dazu bereit, um ihr eingearbeitetes Maschinenpersonal zu behalten. Auf einmal wurden Klagen über Klagen laut, daß jene Versprechen nicht gehalten würden. Des Rätsels Lösung war: Inse in Februar 1912 aufgenommene eingehende Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse war in andre Hände gekommen, und nun wurde ein Druck auf die humaneren Firmen ausgeübt, der zur Folge hatte, daß eine Anzahl von Kollegen lieber ihre alte Kondition verließ, als unter verschlechterten Verhältnissen zu arbeiten. Derartige Einwirkungen auf bestimmte Firmen fänden jetzt noch statt. Die Prinzipale verständen es jedoch ausgezeichnet, durch sogenannte Verpflichtungsscheine sich ihren Besitzstand an Kundenschaft zu wahren. Die Prinzipale wenden sich mit Recht gegen jede Schmutzkonkurrenz und haben ein sehr feines Verständnis für Solidarität, wie es so gut die „Ordnung des Verkehrs mit den Kollegen“ behande. Als aber eine Maschinenfabrikantenversammlung in Hannover das Anbieten von Riemenleistungen verurteilte, habe das der „Zeitschrift“ Bericht gegeben, diesen Fall als „Mittelschönung“ bezeichnet, und als künstliche Arbeitsverteilung angesehen. Daß die Prinzipale gegen „Schönungen“ keinen Spieß verfechten, habe das von den Berliner Linotypenbesitzern diskutierte Vorgehen gegen die Sackfabrikanten ebenfalls gezeigt. Es sei eben so: Was man bei den Gehilfen als Terrorismus anlieht, sei bei den Prinzipalen Wahrnehmung berechtigter Interessen. (Schluß folgt.)

Gewerkschaftsrevue

Vor dem Abschluß der Tarifbewegung im Baugewerbe hat mancher bemerkenswerte Vorgang im gewerkschaftlichen Leben zeitweise zurücktreten müssen, der es immerhin verdient, etwas genauer betrachtet zu werden. In erster Linie kommen hier die Tagungen einiger Zentralverbände in Frage, die in letzter Zeit stattfanden. Zunächst interessiert uns noch einiges vom Bauarbeiterverbandsfrage, der sich zwar in der Hauptfrage mit der Stellungnahme zum Ergebnisse der Tarifverhandlungen zu befassen hatte, aber doch auch sonst noch wichtige Gegenstände erörterte. So wurde u. a. beschlossen, dem Verbandsvorstand einen Beirat von 22 Mitgliedern zur Seite zu stellen, der sich aus je einem Mitglied eines jeden Bezirksausschusses und dem Vorsitzenden des Verbandsausschusses zusammensetzt. Dieser Beirat wird auf dem Verbandstag gewählt und soll im Jahre zweimal zu ordentlichen Sitzungen mit dem Verbandsvorstande zusammenzutreten, um Stellung zu nehmen zu allen wichtigen Fragen. Einen weiteren wichtigen Beratungsgegenstand bildete die geplante Arbeitslosenunterstützung, deren Einführung gegen eine starke Minderheit jedoch abgelehnt wurde. Bekanntlich hatte der Senar Verbandstag der Bauarbeiter eine Statutenberathungskommission eingesetzt mit dem Auftrage, zur Ergänzung des Statuts, einschließend der Erwerbslosenunterstützung, eine Vorlage auszuarbeiten. Diese Vorlage lag dem Berliner außerordentlichen Verbandstage nunmehr vor; sie enthielt allgemeine Richtlinien. Es war darin auch die Schaffung eines Kommittees durch den Vorstand ins Auge gefaßt worden, in dem, ähnlich wie in dem Ratgeber für Funktionäre in unserer Organisation, die Ausführung des Statuts, besprochen und Anweisung über dessen Handhabung gegeben wird. Allgemein wohl hatte man angenommen, daß nach Erledigung der Tarifbewegung die Arbeitslosenunterstützung im Bauarbeiterverband eingeführt werden würde. Deshalb gaben sich auch einige Delegierte mit der erfolgten Ablehnung nicht zufrieden, sondern forderten, daß die Vorlage den Mitgliedern von neuem zur Diskussion unterbreitet werde. Gegen den Widerspruch des Verbandsvorstandes fand ein dahingehender Antrag Annahme. Danach soll, wenn sich ein Viertel der Zweigvereine, die

ungefähr die Hälfte der Verbandsmitglieder umfassen, für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aussprechen, ein abernals einanderer außerordentlicher Verbandstag im Herbst dieses Jahres die endgültige Entscheidung treffen.

Im „Parkhaus“ zu Hannover, d. h. im gleichen Lokale, das unsre letzte Generalversammlung beherbergte, hielten in der ersten Woche des Mai die deutschen Bergarbeiter die 20. Generalversammlung ihres Verbandes ab. Bei der Sympathie, der sich die im Daseinskampfe besonders schwer ringenden Bergarbeiter im allgemeinen zu erwehren haben, kann auch ihre Verbandsagung auf vermehrtes Interesse in gewerkschaftlichen Kreisen rechnen. An dem vom Vorsitzenden Sachse erstatteten Vorstandsberichte läßt zunächst das reichhaltige Material auf, das die wirtschaftliche Bedeutung des Bergbaus im In- und Auslande behandelt. In Bezug auf die Produktionsziffern von gefördertem Kohle steht danach Deutschland an dritter Stelle in der Welt. Das Geschäftsjahr 1911/12, in welches der unglücklich verlaufene Streik fiel, muß zu den besten des Bergbaus überhaupt gerechnet werden. Um so unverzeihlicher war das klägliche Verhalten der christlichen Bergarbeiter bei der Lohnbewegung im Ruhrreviere. Wie noch erinnert sein dürfte, hielten die Führer der Christlichen damals den Zeitpunkt einer Bergarbeiterbewegung für zu ungünstig gewählt und lebten infolgedessen Simmel und Fülle in Bewegung, um den Streik zu Falle zu bringen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Lohnbewegung einen andern Verlauf genommen hätte, wenn sich die Christlichen aus Rücksicht auf ihre politischen Schutzpatrone nicht abseits gehalten hätten. Im Berichte des Vorstandes nahmen der verunglückte Streik und die daraus zu ziehenden Lehren einen ziemlich breiten Raum ein, was um so begreiflicher ist, weil die Wunden dieses Kampfes sich noch bemerkbar machen. Namentlich wurde über eine Fluktuation im Mitgliederstande geklagt, die uns Buchdruckern, gemessen an dem konsolidierten Besitzstand unsres Verbandes, schier unfaßbar erscheint: 75802 Eintritten stehen im Bergarbeiterverbande 85177 Austritte gegenüber, so daß in der zweijährigen Berichtsperiode ein Verlust von 9375 Mitgliedern zu beklagen ist. Die Mitgliederzahl ging von 123437 auf 114062 zurück. Die Ausgabe für Streikunterstützung stieg im Jahre 1912 auf 3615526 Mk., gegenüber 471 000 Mk. in der vorhergehenden Berichtsperiode. Da auch für alle übrigen Unterstützungsweize erhöhte Aufwendungen nötig wurden, verringerte sich das Verbandsvermögen um eine Million. Diese Verlustziffern des freien Bergarbeiterverbandes sind jedoch gering gegenüber denjenigen des christlichen Gewerkschafts. Der Rückgang wird zurückgeführt teils auf den Fatalismus weiser Bergarbeiterkreise angesichts der gewaltig anwachsenden Kapitalmacht, teils auf den durch „christlichen“ Massenstreik verhandelten Ausgang der Lohnbewegung im März 1912, deren gewaltsame Unterdrückung durch Arbeiterverrat und Waffengewalt Tausende dem Individualismus in die Arme trieb. In keinem mündlichen Berichte, wies der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes noch hin auf die ungeliebte Aufgabe der Überwachenden, wozu die Arbeiter zu einem großen Teile selbst die Hand böten. Weiter kritisierte er die einseitige Handhabung des Arbeitsnachweises durch die vereinigten Berggewaltigen, die außerdem noch mit Hilfe schwarzer Listen den Bergarbeitern das Fortkommen erschweren. In den Vorstandsbereich knüpfte sich nur eine kurze Debatte, in welcher die Zustimmung der Delegierten zur Tätigkeit des Vorstandes zum Ausdruck kam. Eine längere Diskussion rief der Bericht über die Presse hervor. Sie gipfelte in dem allseitigen Verlangen, mehr für die Bildung des Bergarbeiters zu tun, welches Bestreben durch Annahme verschiedener Anträge positiven Ausdruck fand. Die Lohnbewegungen wurden unter einem besonderen Tagesordnungspunkte behandelt, wobei das schmachvolle Verhalten der Christlichen eine besondere Kennzeichnung erfuhr. In wirtschafts- und sozialpolitischer Beziehung bedeutungsvolle Referate wurden von Wadbecker und Hue gehalten. Aus der Statutenberathung sei nur die Erhöhung der Verbandsbeiträge gestreift. Es wurde die Einrichtung einer neuen Beitragsklasse (60 Pf.) beschlossen, zu der die Mitglieder freiwillig gelangen können bei entsprechend erhöhten Unterstützungsleistungen. Bis zum Schluß bot die Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes das Bild vollkommener Übereinstimmung zwischen Verbandsleitung und Mitgliedern. Dadurch wurde die Schaffenskraft in allen Organen neu belebt, und es steht zu hoffen, daß die Hannoverische Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes gute Früchte zeitgen wird.

Im Gegenätze zu dieser ruhig und sachlich verlaufenen Tagung einer der größten freien Gewerkschaften muß vom 18. Verbandstage der Kirch-Dünderischen Gewerkschaften in Berlin gesagt werden, daß es auf diesem an lauten und leisen Zwischenfällen nicht mangelte. Diese Tatsache hat es bewirkt, daß von der Tagung der deutschen Gewerkschaften diesmal in der Öffentlichkeit mehr die Rede war als in früheren Jahren. Nach den Angaben des Zentralorgans der Kirch-Dünderischen Gewerkschaften zählten diese in 21 der Zentrale angeschlossenen Verbänden und 5 selbständigen Gewerkschaften sowie einigen reinen Unterstützungsvereinen ohne gewerkschaftlichen Charakter 109225 Mitglieder, darunter befinden sich 4950 Frauen und Mädchen. Im Jahre 1912 betrug der Mitgliederzuwachs 1482 oder 1,3 Proz. Der „Gewerkschaften“ bezeichnet diesen Zuwachs als einigermaßen zufriedenstellend. Das zeugt von einer anerkanntenswerten Bescheidenheit, die sich die Kirch-Dünderischen allerdings seit Jahrzehnten schon unweitwollig auferlegen mußten. Der Grund für den Stillstand der im freisinnigen Gauswasser gelegenden Gewerkschaftsbewegung liegt auf der Hand, wie sie findet unter der deutschen Arbeitererschaft keinen Anhang. Diese lebt ihr Vertrauen vielmehr in diejenige Gewerkschaftsrichtung, die kraftvoll aufwärts strebt, und hierfür kommen nur allein

die freien Gewerkschaften in Betracht, welche im Jahre 1903 noch insgesamt 887698 Mitglieder zählten, zehn Jahre später aber rund 2 1/2 Millionen. Das Gesamtvermögen der Kirch-Dünderischen Gewerkschaften betrug Ende 1912 rund 4 1/2 Millionen Mark, davon in den Hauptklassen 1512670 Mk., in den Lokalklassen 316182 Mk., in den Krankenkassen 1278905 Mk. und in den Begräbniskassen 1392330 Mk.

In den ersten Stunden des Verbandstages kam es zu einem harten Zusammenstoß zwischen einem von der Regierung entsandten Geheimrat und einem Referenten, der von dem „Faulstredt“ gesprochen, das heute noch zwischen Unternehmern und Arbeitern herrsche, und der weiter behauptet hatte, die Regierung tue nichts für die Arbeiter. Mit einem Schlage war die am Anfange der Verhandlungen noch laut gepriesene Harmonie zwischen der Regierung und den Kirch-Dünderischen Gewerkschaften zerfallen. Feiertlich erhob sich der Herr Geheimrat und erklärte kategorisch: „Ich habe zwar am Anfange der Sitzung erklärt, nicht in die Debatte eingreifen zu wollen. Ich sehe mich aber nach diesem Referate gezwungen, von meinem Vorhaben abzugehen, da die Angriffe des Referenten das Maß des Erlaubten überschritten haben. Ich muß Verwahrung einlegen gegen die Behauptung, daß in Deutschland ein Faulstredt herrscht an Stelle eines Arbeitersrechts, daß bei Streiks Polizei und Militär aufgeboten werden, um die Unternehmer zu schützen, daß die Regierung nichts täte zum Wohle der Arbeitererschaft, weil sie sich von den Unternehmern beeinflussen ließe. Ich darf die Erwartung aussprechen, daß der Vorsitzende diese Ausführungen des Referenten scharf rügen wird. Andernfalls müßte ich darauf verzichten, den Verhandlungen weiter beizuwohnen, und ich müßte meinem Herrn Chef (dem Staatssekretär des Innern) berichten, daß eine fernere Entsendung von Vertretern der Regierung nicht angezeigt sei.“ Der Versammlungsleiter Hartmann hatte glücklicherweise kein Verständnis für die geheimrätliche Überhebung, sondern gab dem Herrn zu verstehen, daß die Delegierten doch nun einmal zu dem Zwecke zusammengekommen seien, um sich auszupprechen. Daraufhin verließen der Regierungsvertreter und ein Vertreter des Reichsversicherungsamts den Verbandstag. Dieser Zwischenfall ließ selbst bei den Delegierten der zahnigen Kirch-Dünderischen Richtung die Wogen der Erregung höher gehen und gaben zu einem Protest Anlaß. Ganz anders als im Kopfe eines preußischen Geheimrats mußte sich eben im Kopfe des Arbeiters die Welt, der in seiner Berufsorganisation für seine Lebensaufgabe kämpft. Das hätte schließlich auch Herr Goldschmidt bedenken sollen, als er den beiden Geheimräten unter vielen Verbeugungen nachsah, um sie zum Abbleiben zu veranlassen, ohne Erfolg allerdings. Als Goldschmidt im Laufe der weiteren Verhandlungen einen nochmaligen Einlenkungsversuch machte, indem er dem Verbandstage vorschlug, sein Bedauern über den Konflikt auszupprechen, fiel er bei den Delegierten damit glatt ab. Die Heftigkeit des Verbandsführers war also komplex. Weiterer Abgang bei den Mitgliedern der Gewerkschaften die Erkenntnis zur Reife bringen würde, daß Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen die Arbeiter weiterbringen als die Gnadenbrotte hochmöglicher Gönner in Regierungskreisen, dann hätte der aufsehenerregende Zwischenfall sein Gutes gehabt.

Von sonstigen Verhandlungsgegenständen des Verbandstages ist hervorzuheben ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Weinhausen über: „Das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter“. Nach einer im Sinne des Referats gehaltenen Diskussion fand eine Resolution Annahme, in der ausgesprochen wird, daß die Arbeiter in den „gemeinnützigen öffentlichen Betrieben“ auf das Streikrecht verzichten müssen; sie fordern aber dann um so nachdrücklicher Anerkennung ihrer staatsbürgerlichen Rechte. Mit dieser Beschlußfassung folgen die Kirch-Dünderischen den Spuren der Christlichen. Die Behörden werden den Verzicht auf das Streikrecht gern akzeptieren und im übrigen für die „nachdrückliche Forderung“ auf Anerkennung staatsbürgerlicher Rechte der Arbeiter nur ein Achselzucken haben. Bei dem Referate des Arbeitersekretärs Gleichauf (Berlin) über „Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern“ ereignete sich der bereits geschilderte Zwischenfall. Der Referent trat unter Hinweis auf die Beschlässe des vorigen Verbandstages ein für die Ausarbeitung eines besonderen Arbeiterrechts. Darauf folgte ein Vortrag des Vorsitzenden des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter, Schumacher (Berlin), über „Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung“. Obwohl dieser Referent kurz zuvor erst das Musterregulativ für paritätische Arbeitsnachweise in der Holzindustrie mit unterzeichnet hatte, brachte er es fertig, vor der Einführung paritätischer Sacharbeitsnachweise zu warnen, „weil diese von den sozialdemokratischen Gewerkschaften als Kampfmittel und zur Ausdehnung ihrer Macht benutzt werden“. Das kam auch in der dazu angenommenen Resolution zum Ausdruck, die weiter eine gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens auf kommunaler Grundlage fordert. Die Entgegennahme des Berichts über die Tätigkeit und die Entwicklung der Gewerkschaften erfolgte ebenso wie die Diskussion darüber in nichtöffentlicher Sitzung. Die Gründe für diese Maßnahme sind ziemlich naheliegend, man will nicht alle Welt wissen lassen, welches geringe Maß von Stolzkräften in der Kirch-Dünderischen Bewegung steckt. Der Verbandstag beschloß auch, in einer Reihe von Fragen Petitionen an den Reichstag zu richten. Die Beiträge zum Verbandsvermögen in Zukunft pro Mitglied 7 Pf. vierteljährlich betragen, für die Elternhausorganisation wurde der bisherige Satz von 6 Pf. beibehalten. Zur Errichtung neuer Arbeitersekretariate, bei denen die Effizienzmöglichkeit finanziell gesichert ist, leistet der Verband eine einmalige Unterstützung von 300 Mk. Ferner wurde beschlossen, eine Prezentrale einzurichten, die die Tagespresse mit Material über die Bewegung versehen soll. Zur Heranbildung tüchtiger Kräfte

folll in der nächsten Verbandsperiode ein volkswirtschaftlicher Kursus veranstaltet werden. Unter „Sonstigem“ sei nur noch herorgehoben, daß der Verband, so auf die einzelnen Gewerkevereine den Wunsch richtete, zur Annahm eines Kampffonds auf ihren Delegierten tagen bzw. Generalversammlungen die alljährlich einmalige Ausgabe von 10 Pf.-Marken zu beschließen. Gänzlich scheint man also die Absicht zum Kampfen nicht aufgeben zu wollen. Da dies jedoch meist im Schaffen der freigewerkschaftlichen Bewegung geschieht, will die Befestigung des Kampffondspunktes seitens der Hirsch-Dunckerischen nicht allzuviel belagen.

Der mit großer Schärfe geführte Kampf im Malergewerbe scheint nach erfolglicher Dauer seinem Ende zuzugehen. Am 15. und 16. Mai haben neue zentrale Verhandlungen stattgefunden, deren Ergebnis ein abermaliger Schiedspruch bildete, der sich mit dem bereits im Februar d. J. von den Unparteilichen abgegebenen Schiedspruch deckt. Dieser brachte der Arbeiterchaft bekanntlich nur geringe Zugeständnisse, wurde aber trotzdem von den kampflustigen Unternehmern verworfen. Obwohl der neuerliche Schiedspruch der für die Gehilfenschaft inwzischen günstiger gewordenen Situation keineswegs Rechnung trägt, nahmen ihn die Arbeiterverbände doch an. In der Hauptsache war für diese dabei der Wunsch bestimmend, dem Gewerbe den langentbehrten Frieden zurückzugeben. Auch die Arbeitgeber erzielen diesmal für die Annahme des Schiedspruchs eine geringe Mehrheit. Nur zwei Gewerbestände lehnten die Annahme ab, und zwar Rheinland-Westfalen einstimmig und Norddeutschland mit großer Mehrheit. Durch die beiderseitige Annahme des Schiedspruchs wäre also der Reichsstarif für das deutsche Malergewerbe bis zum 15. Februar 1916 von neuem offiziell abgeschlossen und die Aussperrung als aufgehoben zu betrachten. Wie vorausgesehen wurde, ist indes die Wiederaufnahme der Arbeit im Malergewerbe nach Annahme des neuen Schiedspruchs nicht glatt vonstatten gegangen. Einmal konnten sich verschiedene Unternehmer einzelner Städte und Bezirke mit der Niederlage nicht so ohne weiteres abfinden, dann aber begegneten sich Unternehmer- und Gehilfenorganisationen vielfach in dem Wunsche, vor Wiederaufnahme der Arbeit zunächst die örtlichen Verhandlungen über die in den Orten verbleibenden Differenzen zu schlichten. Die rheinisch-westfälischen Unternehmer sind bereits zur offenen Obstruktion übergegangen. Der Vorstand dieses Gewerbandes verstande untern 24. Mai ein Zirkular, in dem er seinen Mitgliedern mitteilt, daß die Betriebe geöffnet werden „zu den vom Arbeitgeberverband aufgestellten Bedingungen“. Den faulen Frieden, den die Schiedsprüche brächen, akzeptiere man nicht. Der Tarif, den die Gehilfen jetzt anerkennen müßten, sei ausgefertigt unter Berücksichtigung der wichtigsten Wünsche des Arbeitgeberverbandes. Wörtlich heißt es dann: „Die Grundlöhne sind um einen Pfennig pro Stunde erhöht, so daß wir also auch nach dieser Richtung der Gehilfenschaft ein weitgehendes Entgegenkommen gezeigt haben. Höhere Löhne zu zahlen, soll möglichst vermieden werden.“ Eine Zulage von einem Pfennig für eine dreijährige Tarifperiode, das nennen die Scharmacher von der roten Erde ein weitgehendes Entgegenkommen! Ihr Machtbündel kennt eben keine Grenzen, das geht auch aus folgender Stelle des erwähnten Rundschreibens hervor:

Sollte eine Werkstätte in der nächsten Zeit von der Gehilfenschaft durch Streik angegriffen werden, so bitten wir, dies sofort zu melden; den betreffenden Gehilfen ist mitzuteilen, daß sie auf eine schwarze Liste gesetzt werden und ein Jahr lang nirgends mehr beschäftigt werden. Eventuell wird es auch erforderlich werden, erneute Aussperrungen vorzunehmen. Die gegenwärtige Zeit erfordert aus diesen Gründen größte Solidarität und eiserne Disziplin. Bewahren wir diese, so werden wir gegen die Angriffe der Gehilfenschaft gefeit sein. Angegriffenen Kollegen wird durch Unterstützung von Arbeitskräften aus andern Werkstätten geholfen werden. Die dem Scharmachereffizienten, Treubruch und offenem Abfall des rheinisch-westfälischen Gewerbandes steht der Hauptverband der Unternehmer völlig hilflos und machtlos gegenüber, da er sich die oppositionslosigen Serren über den Kopf wachsen ließ und ihnen allzu oft und zu weit entgegenkam. Nicht besser freibt es der als Scharmacher bekannte Vorherrscher der Samburger Unternehmer. Er ist sogar entgegen den getroffenen Abmachungen zur Gründung eines einseitigen Unternehmerbundes übergegangen und erklärte offiziell, daß keine allgemeine Lohnerhöhung stattfinden. Auch in einigen andern Städten bestehen ähnliche Differenzen, in wieder andern lehnen die Unternehmer jede örtliche Verhandlung ab. Zuverlässige Angaben über den Umfang der noch bestehenden Differenzen im Malergewerbe lassen sich zur Stunde ebensowenig geben wie die bestimmte Versicherung, daß es zum Frieden kommt durch endgültige Aufhebung der stumlosen, ja direkt frivolsten Aussperrung. Die Arbeiterchaft wird bei dieser Sachlage noch manches Opfer an gewerkschaftlichem Pflichtbewußtsein bringen müssen. Sie kämpft tatsächlich einen schweren Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenslage.

□ Aus dem Genossenschaftsleben □

Die Grobkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg

hat einen Geschäftsbericht für 1912 herausgebracht, der die Würdigung der breitesten Öffentlichkeit verdient. Insbesondere volkswirtschaftlicher dürfen sich das Studium dieses Berichts nicht entgehen lassen, der eine solche Mannigfaltigkeit des genossenschaftlichen Wirtschaftslebens widerspiegelt, daß man aus ihm allein die Bedeutung der genossenschaft-

lichen Organisation unserer gesamten Volkswirtschaft feststellen kann. Einer Volkswirtschaft, die für den eignen Markt mit eignen Mitteln arbeitet. Einer Volkswirtschaft, die die Technik der Distribution und der Produktion miteinander verbindet und dadurch Interessengemeinschaften schafft, deren Kosten die konsumierende Bevölkerung zu tragen hat.

Von welchen Gesichtspunkten und Grundtendenzen die Leistung der GCG bei Durchführung ihres großzügigen Programms ausgeht, sagt ein Schlüsselpassus des Berichts mit folgenden Worten:

Die Aufgabe, an der wir alle arbeiten, das Ziel, dem wir zustreben, ist in Wahrheit des Schweißes der Edlen wert. Während immer neue Kassen das Volk bedrücken, die Lebensmittelfeuerung immer empfindlicher wird, bestreben wir uns, wenigstens dort zu mildern, wo es uns möglich erscheint — bei der Versorgung der großen Masse der unbemitteltesten Bevölkerung mit den notwendigsten Bedarfsartikeln. Die wütende Bekämpfung der Konsumentenorganisation durch alle am Zwischenhandel interessierten Kreise und deren politische und staatliche Beschützer zeigt, daß wir den Feind an einer empfindlichen Stelle treffen. Wenn wir auch nicht im Vordergrund des Kampfes stehen, der sich hier abspielt, so wurde doch auch auf uns mancher Pfeil abgesehnt, der bestimmt war, uns zu verletzen und unser Vordringen zu hemmen. Genügt hat es nichts. Wir marschieren, und unsre Schornsteine rauchen! Glücklicherweise gibt es auch noch außerhalb unsrer Kreise, im öffentlichen und staatlichen Leben, Männer, die sich ein objektives Urteil über unsre lebendig dem Wohle des Volkes dienenden Bestrebungen bewahren und danach handeln. Das wollen wir gern und freudig anerkennen. Die andern mögen weiterhin versuchen, unsrer Entwicklung Steine in den Weg zu wälzen, wir werden darüber hinwegschreiten und mit der gewohnten Beharrlichkeit unsre Pläne und Aufgaben aus- und durchführen — trotz alledem!

Der Bericht selbst bietet ein glänzendes Zeugnis für die Erfolge einer Tätigkeit, die sich auf solchen Grundlagen aufbaut. Er stellt zunächst fest, daß die Zahl der Genossenschaftler (Konsumvereine) 731 beträgt, aber die Zahl der bei ihr kaufenden Konsumvereine 1577 von im ganzen etwa 2400, die man in Deutschland zählt und von denen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine 1155 als Mitglieder angeschlossen sind. Da die GCG als eigentliche Wareneinkaufs- und -vermittlungszentrale für die Vereine des Zentralverbandes gegründet wurde, so zeigt der Kauf von 422 außenstehenden Konsumvereinen bei der GCG, das Vorhandensein einer außerordentlichen Leistungsfähigkeit und Anziehungskraft. Davon gibt auch die Entwicklung der Umsätze der GCG, gute Kunde.

Im Berichtsjahre 1912 betrug der Warenumsatz in sämtlichen Abteilungen 1 359 077 173 Mk., 1911: 1 096 054 469 Mk., 1910: 886 694 649 Mk., 1909: 749 158 133 Mk., 1908: 657 782 277 Mk. Er hat sich also im Zeitraum eines Jahrzehnts mehr als verdoppelt und die höchste Steigerung ist mit 26 1/2 Millionen Mark im Berichtsjahre erzielt worden. Es ist mithin eine außerordentliche Leistung festzustellen, die des Urteils des „Internationalen Genossenschaftsbulletin“ rechtfertigt, wenn es schreibt:

Es läßt sich heute schon mit Sicherheit voraussagen, daß in zwei Jahren die deutsche GCG, die schottische GCG, überflügeln und ihr den Rang, mit ihrem Umsatze die zweite Stelle einzunehmen, streitig machen wird. Das bedeutet sehr viel, denn die schottische GCG, mit ihren riesigen Eigenproduktionsbetrieben hat ein Menschenalter der Entwicklung hinter sich, die Samburger hat mit ihrem 19. Geschäftsjahre noch nicht einmal das deutsche Referatjahr erreicht. Was wird da in weiteren zwei Dezennien sein?!

Der finanzielle Erfolg dieses geschäftlichen Riesens betriebs ist mit einem Reingewinne von 1 941 039 Mk. ausgewiesen (1911: 1 108 779 Mk.). Das ist ebenfalls ein außerordentlicher Erfolg, und zwar nach zwei Richtungen: 1. in der Höhe des Betrags, verglichen mit dem Stammkapital; 2. in der Steigerung desselben gegenüber dem Vorjahr. Ad 1: Das Stammkapital steht in der Bilanz mit 2 Millionen Mark; es hat sich also mit 97 Proz. verjüngt! Ad 2: Die Steigerung des Reingewinns gegenüber dem Vorjahre beträgt 832 260 = 76 Proz.!

Die genossenschaftliche Wirtschaftsorganisation zeigt also eine nach kapitalistischen Begriffen kaum zu überbietende „Gewinnchance“. Der Unterschied ist nur der, daß die „Aktionäre“ der GCG, keine Kapitalisten, sondern Genossenschaften sind und diese wieder nur die Akkumulatoren der Genossenschaftsmittelglieder, deren Geschäftsanteile = „Aktien“ den Betrag von 30 Mk. in der Regel nicht übersteigen! Und damit — mit 30 Mk. Geschäftsanteil pro Konsumvereinsmitglied — werden nicht nur die 1577 bei der GCG kaufenden Konsumvereine mit ihrem Handel und teilweise Eigenproduktion betrieben, sondern auch das Riesengeschäft der GCG. Man sieht: In der genossenschaftlichen Volkswirtschaft ist nicht das Kapital der eigentlich entscheidende Faktor der finanziellen und wirtschaftlichen Erfolge, sondern das Warenbedürfnis und die darauf gegründete Konzentration der Kaufkraft der organisierten Kundenschaft!

Dementsprechend erhält im Geschäftsleben der genossenschaftlichen Volkswirtschaft nicht das Kapital den Höhenanteil des Reingewinns, sondern die, die ihn geschaffen haben, nach ihrem Verdienste, d. h. nach dem Verbrauch des Warenumfanges, den sie — die Kundenschaft — in ihren eignen Betrieben erreicht haben. Das Kapital erhält nur die mäßige Verzinsung von 5 Proz.

Der Gewinnverteilungsplan der GCG für den Reingewinn von nahezu 2 Millionen ist dem auch sehr interessant. Er lautet:

Dem Reingewinn aus 1912 . . . 1 941 038,87 Mk. sind laut Gesellschaftsvertrag § 55 abzuziehen:

I. 5 Proz. Zinsen für eingezahltes Kapital	92 028,95 „
	1 849 009,92 Mk.
II. 5 Proz. für den Reservefonds	92 450,50 Mk.
35 „ „ Dispositionsfonds	647 153,50 Mk.
	739 604, — „
	1 109 405,92 Mk.

Hieron schlagen wir vor, auf den dividendenberechtigten Umsatz zu gewähren:

den angeschlossenen Vereinen:	
4 pro Mille auf 127 507 800 Mk.	510 031,20 Mk.
den nicht angeschlossenen Vereinen:	
2 pro Mille auf 7513 900 Mk.	15 027,80 Mk.
	525 059, — „

Ferner schlagen wir vor, von dem Saldo im Betrage von 584 346,92 Mk. je 5 Proz. Zinsen dem

Reservefonds	14 079,63 Mk.
Dispositionsfonds	87 718,50 „
II. 11 700,78 „	
Spezialreservefonds	1 578,94 „
Amortisationsfonds	11 186,58 „
Unterstützungsfonds	5 888,88 „
Baufonds	17 825,23 „
Produktionsfonds I	16 118,95 „
dem Pensionsfonds	400 000, — „
„ Unterstützungsfonds	18 249,43 „
	584 346,92 „

zu überweisen. Das heißt: 739 604 + 584 347 = 1 323 951 Mk. = 66 Proz. des Reingewinns werden zur Stärkung der Reservefonds und der Produktionsfonds verwendet! Und nur ein Drittel derselben fällt in Form einer Kapitaldividende von 5 Proz. und einer Umsatzdividende von 5 pro Mille bzw. 2 pro Mille den genossenschaftlichen Aktionären zu.

Die genossenschaftliche Finanzwirtschaft ist eben aus ganz andern Folgen geschmückt als die kapitalistische: diese sorgt nur für die Aktionäre, jene für ihre eigne Kundchaft und für eine bessere Zukunft! Während bei kapitalistischen Unternehmungen jeglicher Art die konsumierende Bevölkerung das Saugbecken für den Kapitalprofit bildet, in das nichts mehr zurückfließt, was einmal herausgepumpt ist, stellt dieselbe bei genossenschaftlichen Wirtschaftsunternehmungen von Konsumentenorganisationen den Unternehmer, die Kundchaft und den Nutznießer in einer Person dar. So erklärt sich die Verteilung des genossenschaftlichen Reingewinns in ganz natürlicher Weise, ebenso natürlich wie die des kapitalistischen. Es wäre ja erstaunlich, wenn es nicht so wäre. Aber das Fazit ist doch: daß die Unternehmensform der Genossenschaft die volkswirtschaftlich bessere und sittlich höherstehende ist.

Ja, so ein „trochener“ Geschäftsbericht der GCG, erzählt doch ganz eigenartige Dinge! Schade, daß man nicht auf alles eingehen kann. Aber doch noch auf einiges. Zunächst rein Geschäftliches. Die GCG, tritt selbst als Käuferin auf und bezieht z. B. von genossenschaftlichen Organisationen für 7 551 460 Mk. Waren — eine „Zuzucht“, die gewiß nichts Unstiftliches an sich hat, sondern nur die mannigfaltigen Entwicklungsmöglichkeiten des genossenschaftlichen Geschäftslebens zeigt.

In den Eigenproduktionsbetrieben der GCG wurden insgesamt für nahezu 9 Millionen Mark Waren hergestellt: Seifen- und Zigarrenfabrikate, Zimdbölder usw. In den nächsten Jahren kommen Mühlenfabrikate, Teigwaren usw. dazu — kurzum: ein Leben und Treiben auf dem Gebiete des Warenhandels und der -produktion, das eine Welt von neuen Entwicklungsmöglichkeiten denken läßt. Nimmt man dazu, daß diese genossenschaftliche Geschäftswelt auch noch ihr eigener Bankier ist — die Bankabteilung der GCG, hat im eignen Giroverkehr einen Umsatz von 311 400 000 Mk. —, so begreift man, wenn die Leistung, halt und entschlossen erklärt, über die der Konsumvereinsbewegung in den Weg gerollten Steine hinwegzutreten „und mit der gewohnten Beharrlichkeit ihre Pläne und Aufgaben aus- und durchführen“ zu wollen. Sie hat das Zeug und die Mittel und die — Kundchaft dazu!

Daß im genossenschaftlichen Geschäftsbetriebe das Soziale nicht zu kurz kommt, weiß man längst. Aber auch hierüber können ein paar Zahlen nicht schaden, da die Gegner es fertig bringen, unter dem Schlagwort „Die schlechten Arbeitsverhältnisse in den sozialdemokratischen Konsumvereinen“ ein Zerrbild der Tatsachen zu geben. Der Bericht stellt fest, daß mit Jahreschluss 1912 insgesamt 1732 Personen beschäftigt waren, gegen 1297 Personen Ende 1911, also mehr 435 Personen. Für freiwillige Leistungen im Interesse des Personals wurden im Berichtsjahre 162 161 Mk. ausgegeben. Der Unterstützungsfonds für Angestellte der Gesellschaft und der ihr angeschlossenen Genossenschaften erhöhte sich von 94 054,70 Mk. auf 117 770 Mk. Der am 19. Juni in Dresden abzuhaltenden Generalversammlung liegt ferner ein Antrag vor, einen Pensionsfonds zu gründen, der eine weitere Ausgestaltung der sozialen Fürsorge für die Mitgestellten und Arbeiter ermöglicht.

Es ist ein reiches Leben, das dieser genossenschaftliche Geschäftsbericht birgt, und wenn man erwägt, daß die bevorstehende Generalversammlung der GCG, das Stammkapital von 2 Millionen Mark auf 4 Millionen erhöhen soll und wird, so ist an Hand der selbstfertigen Entwicklung ungefähr vorauszufragen, daß in der genossenschaftlichen Volkswirtschaft Deutschlands die GCG, ihren Platz in der vordersten Reihe einnehmen wird.

(Hierzu eine Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 62 — Leipzig, den 3. Juni 1913

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Bamberg. Am 21. Mai weihte Kollege Rezhäuser wieder einmal in unsern ehrwürdigen Mauern. In vorzüglicher Weise verbreitete er sich in einer zahlreich besuchten Versammlung über das zeitgemäße Thema: „Die wirtschaftliche Entwicklung und die Aufgaben der Gewerkschaften“. Reicher Beifall lohnte dem Redner, und Vorsitzender Weyermann brachte den Dank noch besonders zum Ausdruck. Verschönt durch prächtige Lieder der Hiesigen „Typographia“, nahm der Abend im übrigen einen urgemüthlichen Verlauf. Erinnerungen, teils in Prosa, teils in gebundener Rede, wurden aufgeführt. In vergnügtester Stimmung blieben die Kollegen noch recht lange beisammen, bis die Polizei in ihre Rechte trat.

Dresden. In der Versammlung am 22. Mai begrüßte Kollege Wendische zunächst die Neuausgewählten, die sich auch in diesem Jahre fast vollständig unserer Organisation angeschlossen, ein Zeichen dafür, daß der Verband seine alte Werbekraft bewahrt hat. Die jungen Kollegen sollten aber nicht nur Mitglieder dem Namen nach sein, sondern eifriges Bestreben zeigen, gute, pflichteifrige Angehörige unsres Verbandes zu werden. Da sie es vor allem nötig, daß sie sich eng an die älteren Kollegen anschließen, die gern bereit sein werden, sie mit Rat und Tat zu unterstützen, unser Organ, den „Korr.“, ordentlich und aufmerksam lesen, auch die Verbandsstatuten und den Tarif, unser Lohngefeß, eingehend studieren, damit ihnen die einzelnen Paragraphen verständlich werden. Eines der wichtigsten Erfordernisse aber sei der regelmäßige Besuch unsrer Versammlungen, die den Kollegen viel Reichthum in organisatorischer und tariflicher Beziehung bieten, und die pünktliche Zahlung der Verbandsbeiträge. Ein gar fröhliches Ruhmesblatt sei es, seinen Namen als Restant in den „Mittellungen“ gedruckt zu sehen, das müßte daher jederzeit vermieden werden. Die Kollegen, die nun ihre Lehre beenden, seien gewiß befreit gewesen, etwas Ordentliches zu lernen, und doch beginne gewöhnlich nach dem Auslernen die eigentliche Lehre. Schon mit der Kondition in einer andern Druckerei sehe man, daß hier und da noch Lücken im Können seien, daß ganz andre Anforderungen an den Drucker oder Seher gestellt werden, als es in der Lehrdruckerzeit der Fall war. Mit dem Rechnen zu beginnen empfiehlt Kollege Wendische, sich sofort den nur Etwas bestehender technischer Vereinigungen (Graphische Vereinigung, Maschinenmeisterverein) anzuschließen, die für die Weiterbildung der Kollegen die geeignetsten Stätten sind. Mit dem Wunsche, daß auch der diesjährige gewerbliche Nachwuchs uns vollwertige Verbandsmitglieder bringen möge, schloß der Gauvorscher seine Ansprache. Hierauf wurde in die Schlussberatung der Anträge zur Danziger Generalversammlung eingetreten und unsern Abgeordneten noch einzelne Wünsche mit auf den Weg gegeben. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde auch der Hamburger Konfliktfall in der Verlagsgesellschaft der Konsumvereine angeschnitten und bedauert, daß so etwas überhaupt vorkommen könne, auch hätte man vom „Korr.“ eine präzisere Berichterstattung erwartet. Kollege Wendische hielt dem entgegen, daß in solchen Angelegenheiten eine vorzeitige Stellungnahme die Situation nur verschärfen könne, was unser Organ vermeiden müßte, während die Tagespresse solche Nützlichkeiten nicht zu nehmen brauche. Im übrigen ließe ja auch von der Verbandsleitung sofort die nötigen Schritte zur Beilegung unternommen werden. Da in diesem Jahre die Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hier in Dresden stattfände, würden unsre Genossenschaftsbegleiter die Gelegenheit wohl nicht vorübergehen lassen, die Sache zur Sprache zu bringen.

Bezirk Hagen. Die zweite Bezirksversammlung fand am 18. Mai in Alfena statt. Anwesend waren Kollegen aus folgenden Orten: Alfena 8, Almsberg 3, Hagen 47, Salver 1, Hohenlimburg 4, Herforn 16, Lehmathe 1, Lüdenscheid 33, Menden 2, Reheim 3, Pleffenberg 4, Welter 2. Das Andenken der im verfloffenen Jahresjahre verstorbenen Kollegen Schaarmann (Hohenlimburg) und Thomée (Hagen) ehrte die Versammlung in üblicher Weise. Der Vorsitzende streifte kurz die Tagung des Tarifausschusses am 21. April. Der Vorschlag in der Genossenschaftsdruckerei in Sauburg land Erwähnung, und die Versammlung war der Ansicht, daß der Genossenschaftsbewegung dadurch ein schlechter Dienst erwiesen worden ist. Der gedruckte vorliegende Kassabuch ist bei unsrem Kollegen keinen Anlaß. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Hierauf folgte ein Vortrag unsres Gauvorschers Emil Albrecht (Köln) über: „Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volkshilfe“. Für seine Ausführungen erntete der Referent den Beifall der Versammlung. Die Tagesordnung unsrer Generalversammlung in Danzig wurde einer Berichtigung unterzogen, und unsern Delegierten gegenüber wurden verschiedene Wünsche zu einzelnen Punkten geäußert. Als nächsten Tagungsort wählte die Versammlung Almsberg.

Leipzig. (Maschinenleger.) In unsrer Materversammlung hielten wir in Gemeinschaft mit den Halleischen Kollegen im hiesigen „Volkshaus“ ab. Vorausgegangen war eine Bestätigung der Maschinenausstellung im Buchgewerbe-

haufe. Nach Begrüßung der Gäste aus Halle, Torgau und Liebenwerda gab der Vorsitzende unter „Vereinsmittellungen“ bekannt, daß acht Neuaufnahmen vollzogen wurden. Bei der Erziehung eines Monotypvertreter in die Technische Kommission wurde Kollege Lebzig gewählt anstelle des Kollegen Sach, der seine Amter niedergelegt hatte. Es folgte nun der Vortrag des Kollegen Scharf über: „Der § 38 des Tarifs und seine Anwendung für den Maschinenleger“. Der den klaren, zutreffenden Ausführungen gezollte lebhafteste Beifall bewies, daß der Redner ein Thema gewählt hatte, das der näheren Detailklärung wert war. Unter „Technischem“ wurde der Artikel des Herrn Wiederanders kritisch beleuchtet, wie auch der Artikel aus der „Zeitschrift“, „Handseher und Maschinenleger“, von dessen Verfasser man annehmen muß, daß er nicht unter allzu großen Fachkenntnissen zu leiden hat. Ähnlich verhält es sich mit dem Artikelschreiber im „Kleinischen“ über „Leistungen an der Monotypgießmaschine“ (Hohmann). Nächste Versammlung am 6. Juli.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Gehilfen- und Lehrlingsprüfung. In Magdeburg wurden im Frühjahr d. J. 61 Gehilfenprüfungen vorgenommen. Von den Prüflingen wurden 40 als Seher und 21 als Drucker ausgebildet. 21 Seher lernten bei Magdeburger und 19 bei auswärtigen Firmen aus; bei den Druckern betrug dies Verhältnis 15 und 6. Leider konnte auch in diesem Jahre kein wesentlicher Fortschritt bei den Prüfungsarbeiten konstatiert werden; 56 Arbeiten wurden mit der Note „Genügend bis Gut“ und 5 Arbeiten sogar nur mit „Ebenbin genügend“ bewertet. Der gleiche Prüfungsausschuss nahm auch in diesem Jahre wieder eine Prüfung der zu Ostern zur Einstellung gekommenen Lehrlinge vor, worin er von einem Pädagogen unterstützt wurde. Die Prüfung, die am Ende der vierwöchigen Probezeit stattfand, erstreckte sich für alle Teilnehmer auf Diktatschreiben und Rechnen, für die Seherlehrlinge außerdem auf Sehen eines Winkelhakens glatten Saßes; die Druckerlehrlinge wurden noch mit theoretischen Fragen bedacht. Von 45 Lehrlingen bekanden 44 die Prüfung; einer mußte als für unsern Beruf unzulänglich zurückgewiesen werden. Es kann konstatiert werden, daß sich diese Einrichtung gut bewährt hat, erhalten doch die Lehrlinge dadurch gleich von Anfang an eine sachgemäße Vorbildung, damit sie bei der Prüfung zunächst die notwendigen Kenntnisse ihres zukünftigen Berufs zu beherrschen wissen. Am schlechtesten schnitt bei der Prüfung das Diktatschreiben ab. Wimmeln diese teilweise von Fehlern, so muß man sich unwillkürlich fragen, hat der Prüfling hier allein die Hauptschuld auf sich zu nehmen, oder trägt die noch immer nicht ausreichende Volksschulbildung ihr erhebliches Teil dazu bei, daß die deutsche Sprache nicht so gründlich ins deutsche Volk eindringen will, wie gerade wir Buchdrucker dies für unsre Berufskollegen für notwendig erachten. Den Fortbildungsschulen erwachsen dadurch Aufgaben zum Ausbessern und Nachhelfen in den Elementarfächern, die sie nur schwer zu erfüllen in der Lage sind.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in Düsseldorf bestanden die Kollegen Valland, Königs, Kühlen und Scheuwens, alle aus Almsberg, mit Erfolg die Meisterprüfung.

Ein Prozeß wegen falscher Angabe der Zeitungsauflage. Der Zeitungsverleger Gustav Bacmeister in Gladon hatte in einem Zeitungskataloge die Auflagen der von ihm herausgegebenen Zeitungen mit insgesamt 11 000 Exemplaren angegeben, während sich die Gesamtauflage in Wirklichkeit auf höchstens 5000 Exemplare stellte. Auf Grund seiner Angaben hatte eine Leipziger Firma mit dem Verleger einen Vertrag über aufzunehmende Inserate abgeschlossen. Bacmeister hatte sich nunmehr vor der Düsseldorfer Strafkammer unter der Anklage zu verantworten, die Leipziger Firma durch unrichtige Angaben um 300 Mk. geschädigt zu haben. Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen Betrugs fallen und beantragte wegen unzulässigen Wettbewerbs eine Geldstrafe von 150 Mk. Das Gericht war der Ansicht, daß sich der Angeklagte der Tragweite seiner Handlungsweise nicht bewußt gewesen sei, und sprach ihn frei.

Wahl eines Fachlehrers. Zum Fachlehrer an der städtischen gewerblichen Fortbildungsschule zu Oldenburg i. Gr. wurde der Kollege August Müller gewählt.

Stempelpflichtigkeit der Schiedsprüche von Tarifschlichtungskommissionen. Die Schlichtungskommission des Berliner Vorlesevereins und Reichertlergewerbes fällt den Schiedspruch, wonach eine Lederwarenfirma verurteilt wurde, den Tarifvertrag bis zu seinem festgesetzten Ablaufstermin auch einzuhalten. Die verurteilte Firma legte beim Landgerichte Berufung ein, bei welcher Gelegenheit das Hauptzollamt Kenntnis von dem Schiedspruch erhielt. Es verlangte auf Grund der Tarifstelle 57 des Landesstempelsteuergesetzes einen Stempel von 10 Mk. für die Hauptausfertigung und für die nach § 1039 der Zivilprozessordnung den beiden Parteien zugestellten Aus-

fertigungen einen solchen von je 3 Mk. Für diesen Stempel haften jeder Unterzeichner des Schiedspruchs. Auf Grund einer Beschwerde des Schlichtungskommissionsvorsitzenden Magistratsrats v. Schulz bestellte die Oberzolldirektion das Verlangen des Hauptzollamts. Die Entscheidung stützte sich auf § 9 des Tarifvertrags, der ein Schiedsgericht vereinbart. Der Schiedspruch sei demnach für die Parteien rechtlich bindend und habe nach § 1040 der S.-P.-O. unter den Parteien die Wirkung eines rechtskräftigen Urteils. Nach den toten Buchstaben des Gesetzes ist die Steuerbehörde vielleicht im Rechte, weswegen von einer Beschwerde beim Finanzminister abgesehen wurde. Nun hat sich in dieser Angelegenheit folgender Zustand gebildet: Das Hauptzollamt und die Oberzolldirektion halten den Schiedspruch für beide Teile für rechtlich bindend und vollstreckbar und fordern deswegen 16 Mk. Stempelgebühr, die auch bezahlt worden sind. Das Landgericht und das Kammergericht sagen in dem bekannten Urteile, den Tarifvertrag brauche die betreffende Firma nicht einzuhalten, demzufolge brauche sie auch nicht den Schiedspruch als Teil des Vertrags anzuerkennen. Aber auch außer diesem veränderten Rechtszustand ist das steuerbehördliche Verlangen durchaus unberechtigt. In allen Tarifverträgen wird Wert auf die Bildung einer Schlichtungskommission mit gewisser Greifungsgewalt gelegt, um so eine Handhabe gegen Tarifbrecher zu haben bzw. um Tarifbrüche gebührend abnden zu können. Wenn aber die Steuerbehörde die Unparteilichen und Beisitzer für die Stempelgebühr haftbar macht, so dürften sich wenig geeignete Personen finden, die für ihre nicht besonders angenehme Arbeit noch steuerbehördliche Opfer zu tragen gewillt sind. Um eine Stempelfreiheit der Schiedsprüche zu erwirken, ist bei dem Ausschusse des Gewerbegerichts Berlin für Unzufrieden und Anträge beantragt worden: „Dieser möge beschließen, daß das Gewerbegericht Berlin bei den beiden Häupten des preussischen Landtags den Antrag stellt, der Tarifstelle 57 des Landesstempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 bzw. 26. Juni 1909 folgenden Zusatz zuzufügen: „Ausgenommen sind Schiedsprüche, welche von der in einem Tarifvertrag eingeleiteten Schlichtungskommission gefällt werden“, so daß die Tarifstelle dann folgendermaßen lauten würde: „Stempelpflichtig sind Schiedsprüche, und zwar sowohl der ständigen Schiedsgerichte als auch der zur Entscheidung für den einzelnen Fall berufenen Schiedsgerichte. Ausgenommen usw.““ Ob der Landtag und das preussische Herrenhaus diesem Antrage stattgeben wird? Die einfachste Vorkehrung dafür liegt vor, um den tarifrechtlichen Rechtsirrtum zu beseitigen. Es kann doch nicht angehen, daß Schiedsprüche verurteilt werden müssen, selbst wenn ordentliche Gerichte sie als unzulässig erklären.

Sonderbares Vergehen gegen das Koalitionsrecht. Vom Chemnitzer Schöffengerichte wurden mehrere Arbeiter zu einer zweitägigen Gefängnisstrafe verurteilt, weil sie sich gegen das Koalitionsrecht vergangen haben sollten, indem sie zwei (ehemalige) Mitglieder ihrer Gewerkschaft auf die faktualischen Konsequenzen fortgesetzter Tarifverletzungen aufmerksam machten. Es handelte sich um die Bekämpfung tarifwidriger Überstunden. Die Überstundenheiler bezeichneten die diesbezüglichen Verwarungen ihrer Kollegen als Bedrohungen, obwohl die Angeklagten sie nur darauf aufmerksam machten, daß sie bei fernem tarifwidrigen Verhalten mit dem Ausschluss aus der Organisation oder mit Arbeitsniederlegung der übrigen Kollegen zu rechnen hätten. In der Verhandlung gaben die Kläger zu, daß ihnen die tariflichen Bestimmungen nicht unbekannt waren, und daß sie auch wußten, daß auf ihr unartikliches Verhalten der nachträglich erfolgte Ausschluss aus der Organisation zu erwarten war. Trotzdem also das Verhalten der Angeklagten völlig korrekt war, erkannte das Gericht doch darin ein Vergehen gegen das Koalitionsrecht und verurteilte die drei Arbeiter zu der schon erwähnten Gefängnisstrafe. Dieses Urteil ist so bedenklich, daß dringend zu wünschen ist, daß Berufung dagegen eingelegt wird. Denn wenn eine solche Rechtsprechung zur Abung werden sollte, dann könnte von einer konsequenten Hochhaltung von Tarifverträgen überhaupt keine Rede mehr sein. Im übrigen zeigt aber dieser Vorfall auch, wie schädlich es für eine gewerkschaftliche Organisation sein kann, wenn sie Elemente in ihre Reihen aufnimmt, die in ihrer Meinung den Gelben näher stehen als den wirklichen Arbeiterinteressen.

Kampf gegen Schmiergelder. Auf der vor kurzem in München abgehaltenen Hauptversammlung des Vereins gegen das Bestechungswesen gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Ansicht vertreten wird, daß die Verfolgung von Bestechungsdelikten in jedem Fall im öffentlichen Interesse liege, weil durch die Bestechung Treue und Glauben im Verkehr untergraben und eine Korruption der Angelegten bewirkt werde und deshalb die Staatsanwaltschaften von ihrer bisherigen Zurückhaltung abgehen müßten. „Der Verein richtet an die Justizverwaltungen das Eruchen, die Staatsanwaltschaften anzuweisen, das Vorhandensein eines öffentlichen Interesses regelmäßig dann anzunehmen, wenn von den im § 13 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb genannten Verbänden ein Strafantrag wegen Vergehens gegen § 12 gestellt wird.“ Eine zweite Resolution richtet sich an den Verein

deutscher Zeitungsverleger und den Verband der Fachpresse, die erucht werden, für die Befestigung von anonymen Inseraten zu wirken, die in verfechter Form Schmiergelber in Aussicht stellen.

Zur parlamentarischen Vertretung von Arbeiterinteressen. In Nr. 59 machten wir Mitteilung von der unerhörten Verurteilung eines oberösterreichischen Bergmanns wegen gewerkschaftlicher Agitation zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in Sibirien durch die russische Behörde in Bendzin. Nun ist es jedenfalls für die deutsche Arbeiterschaft sehr interessant, feststellen zu müssen, daß von allen politischen Parteien im Reichstage nur die sozialdemokratische sich verpflichtet fühlte, die Reichsregierung wegen dieser brutalen Behandlung eines deutschen Arbeiters im Auslande zu interpellieren. Das tat der Abgeordnete Liebke nach am 29. Mai mit folgender Anfrage an den Reichskanzler: „Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß vor einigen Tagen der Bergmann Ignaz Jakubik aus Myslowitz, ein deutscher Staatsangehöriger, in dem russischen Grenzort Wiska von den russischen Behörden verhaftet und wegen der von ihm für den oberösterreichischen Bergarbeiterverein betriebenen Agitation im administrativen Wege angeblich zu lebenslänglicher Zwangsarbeit (Katorga) verurteilt worden ist? Was hat der Herr Reichskanzler bisher zum Schutze dieses deutschen Staatsangehörigen dagegen getan? Was gedenkt er in dieser Angelegenheit weiter zu tun?“ Wo blieben da die andern Parteien im Reichstage, die sich sonst so viel zugute tun auf ihre angebliche Sympathie und ihr Gerechtigkeitsgefühl für die Arbeiterklasse? Wo blieb die parlamentarische Vertretung der christlichen und freisinnigen Arbeiter? Wir sind überzeugt, daß der genannte sozialdemokratische Abgeordnete nicht erst durch eine besondere Anregung aus Arbeiterkreisen zu seiner Anfrage an den Reichskanzler gedrängt werden mußte, sondern dies einfach aus eigenem Gerechtigkeitsgefühl als seine Pflicht und Schuldigkeit betrachtete. Dieser Vorfall ist ein so typisches Merkmal für das Verhältnis der politischen Parteien Deutschlands zur Arbeiterbewegung, daß sich die Schlussfolgerungen daraus von selbst ergeben.

Christliche Arbeiterinteressenvertretung in einer Krankenkasse. In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung der Koblenzer Ortskrankenkasse regte ein Vertreter der freien Gewerkschaften gelegentlich der Beratung einer unerlässlich gewordenen Beitragserhöhung an, den Beitrag gleich auf 4 Proz., statt nur auf 3 1/2, wie vorgeschlagen war, zu erhöhen, dafür aber den Kranken wenigstens auch für den Sonntag Krankengeld zu zahlen. Der Antragsteller war der jedenfalls unbestreitbar richtigen Ansicht, daß ein Kranker auch Sonntags leben müsse. Leider haben sich aber die christlichen Arbeitervertreter zu dieser Anschauung noch nicht durchgerungen. Sie stimmten gegen den Antrag des Vertreters der freien Gewerkschaften und brachten ihn dadurch zu Fall. Dieses Resultat war sogar für einige Unternehmervertreter, einschließlich des Vorsitzenden der Koblenzer Arbeiter bei den nächsten Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse, die gegen Ende des laufenden Jahres fällig werden, diesen christlichen „Sozialpolitikern“, wo der Zimmermann das Loch gefahren hat!

Die Genossenschaften in England. Dem neuesten Berichte der englischen Genossenschaftszentrale ist zu entnehmen, daß Ende 1912 insgesamt 1520 Genossenschaften bestanden, von denen 1512 eine Gesamtmitgliederzahl von 2876892 haben. Der Jahresumsatz betrug über 2457 Millionen Mark, der Gewinn über 265 Millionen. Die englische Großeinkaufsgenossenschaft, der 1162 Genossenschaften angehören, setzte 595 Millionen Mark um und erzielte 14 Millionen Mark Gewinn; die schottische Großeinkaufsgenossenschaft hatte 6 1/2 Millionen Mark Gewinn bei einem Umsatze von 168 Millionen Mark. Die Produktionsgenossenschaften und die Großeinkaufsgenossenschaften erzeugten Waren im Werte von 274 Millionen Mark, während in den Produktionsbetrieben der Konjunktionsgenossenschaften für 165 Millionen Mark Waren hergestellt wurden. 760 Genossenschaften haben besondere Kinderparken mit einem Bestande von über 32 Millionen Mark.

Briefkasten.

R. W. in Greifswald: Wir nennen Ihnen folgende Werke: „Zeichnen und Ahen“ von F. Müller-Appenroth, Gebunden 2,50 Mk.; „Die Zinkgravüre oder Zinkätzung“, von Jul. Krüger. Nebst Anleitung zum Ahen in Kupfer, Messing und Stahl usw. 3 Mk. Beide Bücher sind zu beziehen von F. Siegel in München 2, Hofstraße 7. — **M. W. in B.:** Dies Büchlein ist vom Zentralkomitee in Mailand zu beziehen. Es enthält in drei Sprachen (darunter auch Deutsch) die wichtigsten Bestimmungen über das Reisen in Staaten und eine kleine Sammlung der nützlichsten Umgangsworte zur Abwicklung des Verkehrs mit dem Reiseführer. Als Reiseunterstützung werden Tagegeder gewährt. — **Nach Ravensburg:** Wir sind im Gegenteile der Meinung, daß der Ausdruck „mit sonst üblichen Waffen“ sehr wohl verstanden werden ist, wie wir auch überzeugt sind, daß bei bevorstehender Anfertigung der Sache diese Waffen trotz aller Berichtigungen nicht in sonst übliche umgewandelt werden könnten. Vorläufig wollen wir aber der Sache ihren Lauf lassen in der Hoffnung, daß unser Vorschlag doch nicht ganz seine beabsichtigte Wirkung verfehlt hat. — **B. L. in St.:** Sie erhalten das Wort zur Erwiderung, wir müssen Sie aber ersuchen, dafür eine andre Form zu wählen, oder deutlicher gesagt: Vergleiche wie die beliebigen zu unterlassen. — **P. F. in Str.:** Erstens haben wir Strapazie bezahlen müssen und zweitens schlagen wir vor, die von Ihnen berührte Angelegenheit Ihrer Zentralkommission zu überweisen, die einen Überblick haben wird, wie die allgemeine Handhabung in diesem Fall ist. Das gibt dann den Ausschlag. Aberhaupt eignet sich unres Erachtens Ihr Vorschlag besten für die „Mitteilungen“ Ihrer Sparte. — **K. B. in B.-M.:** Wir wollten vor der Generalversammlung dieses Thema noch behandeln und werden Ihren Artikel damit nun verbinden. Das wird in nächster Woche geschehen. — **F. S. in Amsbach:** 3,80 Mk. — **G. G. in Reutlingen:** 2 Mk. — **K. S. in Weimar:** 1,55 Mk. — **Dv.:** Besten Dank!

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schamlopplatz 5 II. Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Leipzig. Dem Seher Kurt Santsch ist angeblich auf dem Postwege Kiel—Glensburg das Verbandsbuch (Sauptbuchnummer 82593, Leipzig 4006) verloren gegangen. S. erhielt ein neues Buch (Leipzig 4070) ausgestellt. Ersteres wird hiermit für ungültig erklärt.

Adressenveränderungen.

Apolda. Die Adresse des Kassierers lautet bis auf weiteres: Otto Müller, Karl-August-Strasse 14.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungslos innerhalb 14 Tagen an die bezügliche Adresse.)
Sr. Gsch. (Schweiz), die Seher 1. Paul Gschelch, geb. in Süldorf (Mecklenburg) 1888; 2. Joseph Inwiler, geb. in Mühlhausen (Schab) 1886. — **L. Fesl,** Boulevard St. Georges 60 b.

In Frankenthal (Pfalz) der Maschinenmeister Hans Bauer, geb. in Frankenthal 1893, ausgel. das. 1910; war schon Mitglied. — **Karl Koch,** Mörtcher Straße 24.

In Greden der Korrektor Paul Buch, geb. in Königsberg 1886, ausgel. das. 1905; war schon Mitglied. — **B. Meißner** in Münster i. W., Sternstraße 23.

In Linden (Ruhr) der Schweizerdegen Hermann Kattböfer, geb. in Amnen 1890, ausgel. das. 1909, war schon Mitglied. — **In Saffingen** der Seher August Schaumburg, geb. in Wismar i. M. 1879, ausgel. das. 1899; war schon Mitglied. — **G. Friedemann** in Bochum, Wernelshauer Straße 42.

In Lützen 1. der Faktor Emil Sey, geb. in Klein-geßfeld 1875, ausgel. in Lützen 1893; 2. der Seher Erich Neumann, geb. in Soldin 1894, ausgel. das. 1912; waren noch nicht Mitglieder. — **Bruno Winter** in Zeib, Altensburger Straße 20.

In Speter der Seher Joseph Franzesch, geb. in Waldkirch 1895, ausgel. das. 1912; war noch nicht Mitglied. — **Ludwig Ditsch,** Gieseldamm 9.

In Steffin die Seher 1. Richard Winkelmann, geb. in Landsberg a. W. 1880, ausgel. in Falkenberg i. P. 1899; 2. Walter Ribakki, geb. in Strasburg (Achtmark) 1892, ausgel. in Woldegg 1909; 3. Georg Hohmann, geb. in Braunschweig 1895, ausgel. das. 1913; waren noch nicht Mitglieder. — **Karl Zuhl,** Kronenhofstraße 7.

In Weissenfels der Seher Michael Schläpfer, geb. in Lengsdorf bei Bonn 1881; war schon Mitglied. — **Bruno Winter** in Zeib, Altensburger Straße 20 I.

Arbeitslosenunterstützung.

Karlsruhe. Im Gau Oberhein und Elsaß freibt in letzter Zeit ein geriebener Schwindler sein Anwesen. Derselbe gibt den Kollegen an, er habe auf der Tour München—Konstanz sein Verbandsbuch verloren und sei ganz mittellos. In Karlsruhe behärte er ein neues Buch und dort könne er diafizieren. Er verlangt dann einen Vorkauf von 4 und 5 Mk. mit dem Versprechen, den Betrag von Karlsruhe aus wieder zurückzujenden. Wo sich dieser Schwindler zeigt, wolle man keine Verhaftung veranlassen und Mitteilung an Kollegen W. Hof, Wilhelmstraße 25, gelangen lassen. Bis jetzt legte er sich die Namen Knicker und Kalisch bei. **Meß.** Die Serren Reisekassenerwalter werden gebeten, dem auf der Reise befindlichen Kollegen Georg Schlegel aus Meß (Sauptbuchnummer 74635, Gau Eschlofchingen 562) 2,10 Mk. abzuziehen und portofrei an Karl Beschmann, St. Medardensstraße 2, einzufenden.

Versammlungskalender.

Gießen. Bezirksversammlung Sonntag, den 29. Juni, vormittags 9 Uhr, im „Gewerkschaftsbaus“ in Gießen. Anträge bis 17. Juni an den Vorständen.
Krefeld. I. Schl. Versammlung Sonntag, den 8. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gasthofs „Zum goldenen Schwert“, Am Markt.
Noblenz. Maschinenlehrebezirksversammlung am Sonntag, den 8. Juni, nachmittags 3 Uhr, in Neuwied, im Restaurant Jakob Wambach, Hermannstraße.
Schweidnitz. Versammlung am Sonnabend, dem 7. Juni, bei P. Mummeri, Breslauer Straße.
Zeib. Versammlung Sonnabend, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

Zur Beachtung für nach Österreich reisende Kollegen:

An den der Grenze zunächstgelegenen Zahlstellen in Österreich wird die Reiseunterstützung von nachbenannten Verwaltern ausbezahlt:
Bregenz: Wilhelm Langner, „Münchner Hof“, I. Stock (nur Wochent. 6-7 abds.). — **Budweis:** Ad. Heysek, „Arbeiterheim“, Prager Straße 1, I. Stock (12-1 mit., 6-7 abds.). — **Eger:** Georg Kämpf, Martingasse 18 (neu), I. St., gegenüber der „Kaiserburg“ (7-8 abds.; Feiert. 12-1 mit., Sonnt. geschlossen). — **Freiwaldau:** Franz Reichel, nur an Wochentagen (nach vorheriger Anmeldung in der Buchdr. E. Czech, Ring 157) im Gasthaus „Zum weißen Roß“ (5 1/2-6 abds.). — **Innsbruck:** Karl Künzel, „Arbeiterheim“, Menggasse 12 (nur an Wochentagen 6-7 abds.). — **Pardubitz:** Josef Tesik, „Arbeiterheim“, Královská trida 113/12, mit., 6 abds.). — **Prag:** Karl Gitz, „Vereinslokal“, Holitz. Ufergasse (nur an Wochentagen 6-7 abds.). — **Reichenberg:** Max Laue, Sorggasse 94 (nur an Wochentagen 6-7 abds.). — **Ried (Innkreis):** Hans Trauner, nur an Wochentagen (nach vorheriger Anmeldung in der Preßvereinsdruckerei, I. Stock) im „Bürgerlichen Braugasthaus“, Roßmarkt 27 (6-7 abds.). — **Salzburg:** R. Rödel, Gasthaus „Zum Steintor“, Steingasse (nur an Wochentagen 6-7 abds.). — **Schärding:** Alois Strelbe, Passauer Straße 134 (6-7 abds.). — **Teplitz:** Jos. Totsche, Gasthaus „Zum Engelbert“, Marktplatz (6-7 abds.; Sonnt. 11-12 vorm.). — **Tetschen:** Artur Wiedemann, Kl. Wiese 24, I. St. (nur an Wochent. 12-1 mit., 5 1/2-6 1/2 abds.). — **Tetschen:** Jos. Hieke, Helmichs Gasthaus „Zum gold. Kreuz“, Kreuzgasse (an Wochent. 5 1/2-6 abds.; an Feiert. 10-11 vorm.). — **Troppau:** Leopold Piruschka, Schloßring 23 (nur an Wochentagen 6 1/2-7 1/2 abds.).

Verzeichnis empfehlenswerter Gasthäuser. Bregenz: Gasthaus „Zum Storch“, Oberstadt, Gasthaus „Zum Münchner Hof“, Anton-Schneider-Strasse. — **Budweis:** Gasthaus „Zum schwarzen Adler“, Theatergasse. — **Eger:** Gasthaus „Zur Stadt London“, Johannisplatz 13. — **Freiwaldau:** Gasthaus „Zum weißen Roß“ (Tomasch). — **Innsbruck:** „Arbeiterheim“, Menggasse 12. — **Pardubitz:** „Arbeiterhaus“, Heinrichgasse. — **Pilsen:** „Arbeiterheim“, „Pekel“, Ubergasse. — **Reichenberg:** Vereinshaus, Johannisgasse 8. — **Ried:** K. Ammerer, „Bürgerliches Braugasthaus“, Roßmarkt 27. — **Salzburg:** Gasthaus „Zum Steintor“, Steingasse. — **Schärding:** G. Ertls Gasthaus, Theaterstraße. — **Teplitz:** Konr. Rosenkranz Gasthaus „Zum Engelbert“, Marktplatz. — **Tetschen:** Restaurant Joseph Smolc, Sachsenberg. — **Tetschen:** Helmichs Gasthaus „Zum goldenen Kreuz“, Kreuzgasse. — **Troppau:** „Troppauer Bierhalle“, Olmützer Straße.

Wir suchen für sofort
Galvanoplastiker
Speziell für Abdecken.
Schwinge & Wirth,
Galvanoplastische Kunstankalt und Stereotypie, Dresden 5.

Sprachensetzer
mehrere Jahre in Frankreich und England, pers. selbst, selbständig, in d. Stellung, Berlin oder München bevorzugt. Off. Offerten erbeten an Francis Saulis, 46, Myddleton Sq., London E. C.

Johannisfest
Theaterf., Geschenkart., Illust., Graph. Verlagsanst., Halle a. S.

Reisehandbuch
für die organisierten Buchdrucker
Zum Preise von 1,50 Mk. von den Reisekassenerwaltern zu beziehen
Radefski & Hille, Verlag, Leipzig

Gutenbergbüsten
in Metall- oder Eisen-
betimmte auf Mk. —, 90,
2,25, 6, 7, 50, 18, 22, 50 und 36 je nach Größe emp-
fiehlt St. Siegl, München 2, Hofstraße 7.

**SCHWARZKÜNSTLERS
FREUDENTAGE**

6 humoristische Buch-
drucker-Postkarten in
Vierfarben-Buchdruck
40 Pfg. franko.
C. Fritz, Frankfurt a. M. 3

**H. MATHAEUS
DESSAU**
Flößergasse 46
Katalog gratis u. fr.

Hymne „Heil Gutenberg“
Text von Karl Selmholtz, komponiert von Hammer-
müllers Hans Thiele, für das Johannisfest emp-
fohlen. Partitur 20 Pf. Zu beziehen durch [843]
S. Hille, Verlag, Weimar.

**Buchdruckmaschinenmeister-
verein zu Dresden** Begründet
\$ 1868 \$
Sonnabend, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Monatsversammlung
im großen Saale des „Volkshauses“ [853]
Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Am 27. Mai verschied nach längerem
Leiden unser lieber Kollege, der Maschinen-
setzer [851]

Christoph Schneider
aus Ingolstadt, im Alter von 32 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm stets
Die Mitgliedschaft Ansbach.

Am 28. Mai verschied nach kurzem,
schwerem Leiden unser lieber Kollege
Ludwig Willershausen
aus Ochtershausen, im Alter von
31 Jahren. Wir werden ihm stets ein
ehrendes Andenken bewahren.
Ortsverein Reutlingen (Würtfb.).

Am 27. Mai verstarb unser lieber Kollege,
der Galvanoplastiker [855]

Leopold Bing
aus Freiburg i. Br., an der Kehlkopf-
schwindsucht, im Alter von 38 Jahren.
Ein ehrendes Andenken wird ihm be-
wahren.
Der Bezirk Düsseldorf.

Am 28. Mai verstarb der Seher [854]

Wilhelm Zimmermann
aus Burgfolms im 35. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Weimar.

Adressen für Entsendungen
an den „Storreponten“ für Deutschlands Buchdrucker
und Schriftsetzer:
für Mittel, Sozialpolitik und Genossenschaftswesen:
[811] a. a. H.
für Rundfunk, Volkswirtschaft und Altersliches:
G. Schaeffer;
für Korrespondenzen, Ausland und Gewerkschafts-
revue: Karl Helmholz;
für Verbandsnachrichten, Inserate, Offerten, Post-
anweisungen usw.: Georg Böblisch;
für Briefe in Leipzig, Salomonstr. 8. (Fernspr. 1411.)
Straße und Hausnummer sind stets anzugeben!